

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
Abonnement: 3.00 Mark pro Quartal.
Eingetragen in der Post-Zeitung.
Preisliste für 1898 unter Nr. 7576.
Unter Kreuzband für Deutschland und
Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das
übrige Ausland 3 Mark pro Monat.
Erscheint täglich außer Montagen.

Die Insertions-Gebühren
betragen für die sechsgehaltene Kolonne
je nach der Art der Anzeigen:
Bereits- und Versammlungs-Anzeigen,
sonstige Arbeitsmarkt 20 Pf. Insetate
für die nächste Nummer müssen bis
4 Uhr nachmittags in der Expedition
abgegeben werden. Die Expedition
ist an Wochentagen bis 7 Uhr abends,
an Sonn- und Festtagen bis 8 Uhr
vormittags geöffnet.
Kontingentspreis: Nr. 1, Nr. 1508.
Telegraphische Adresse:
„Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 19, Beuth-Strasse 2.

Sonntag, den 26. Juni 1898.

Expedition: SW. 19, Beuth-Strasse 3.

Die Wahlbetrachtungen unserer Gegner

Sind alles eher als siegesfroh, der Rahmen der Niederlage steht ihnen in allen Gliedern, sie können über ihre Erfolge nicht froh werden, sie reden sich immer tiefer in Entrüstung und Kampfesstimmung gegen die umstürzlerische Sozialdemokratie hinein, sie verlieren ganz den gewohnten halbwegs anständigen Ton und selbst die „Vossische Zeitung“ scheint ihre Redakteure bei der „Post“ in die Lehre geschickt zu haben. Wir können's tragen, und wenn dem freisinnigen Bürgerthum dieser Ton gefällt, nun desto besser. Wir sind die letzten, die den Niedergang des Bürgerthums zu betauern haben. Muß doch mit dem Niedergange der Führung und der publizistischen Vertretung des Bürgerthums der Zug der anständigen bürgerlichen Elemente in unsere Reihen nur noch rascher vor sich gehen. Der Segen Miquel's, Pothodowsky's und Stumm's wird der freisinnigen Volkspartei moralisch und politisch zum Nutzen gereichen. Eugen Richter's parlamentarische Stellung, das Gewicht seiner Worte auf der Tribüne des Reichstags wird mehr leiden, als er es ahnt. Die Protektion der Stöckmann und v. Schirp wird das Ansehen der Erwählten des Berliner Kartells im Reichstage nicht fördern. Die Herren Jüwig und Kreiling werden keine parlamentarischen Vorbeeren ernten, und die Frage, wer ist Jüwig und wer ist Kreiling, wird nicht sehr schmeichelhaft beantwortet werden. Die Eintragsfolge der Freisinnigen werden an dem besiegelten Niedergange der Partei, die einmal Namen wie Waldeck, Pöggendorff und Johann Jacoby zu den ihrigen zählte, nichts ändern.

Warum freuen sich denn die Freisinnigen, soweit sie überhaupt zum Genuß der Freude am Wahlergebnis gekommen sind, über ihre „Wahlerfolge“, sie betasten ihre Glieder und sind höchlichst erstaunt, daß sie doch noch nicht ganz todt sind. Ueber ein Duzend Stimmen, die noch dazu wahrscheinlich ungültig sind, freuen sie sich, als ob sie die Tropfen einer ruhmreichen Schlacht nach Hause gebracht hätten. Einige Opfer haben sie freilich gebracht, das soll nicht verkannt werden, sie haben ihre politische Ehre verschachert, das wiegt aber bei ihnen nicht viel; für andere Parteien würde freilich dieses Opfer etwas mehr bedeuten.

Bei der Ausbeutung des seltsamen Wahlsieges, der die Macht der Freisinnigen als Begleiter der Sozialdemokratie den hohen Göttern und den noch höheren Behörden darlegen soll, wird darauf hingewiesen, daß die Entwicklung der Sozialdemokratie in den Großstädten nicht mehr den raschen Gang nimmt wie bisher. Daß dies eine selbstverständliche Erscheinung ist, daß dies bei der hohen Stimmzahl, die wir schon in den Großstädten haben und bei der von Jahr zu Jahr steigenden Hinausdrängung der Arbeiter in die Vororte gar nicht anders sein kann, hat sich jeder statistische ABC-Schule von den Schulbänken längst abgelaufen. Da aber die Herren Freisinnigen auf das gleiche Unvermögen, sozialstatistische Thatsachen zu erkennen, bei den neuen Gebahren rechnen dürfen, verhängt vielleicht diese Reflekt.

Dort freilich, wo die Bevölkerung noch nicht so erfüllt war mit sozialistischem Geiste, wo bei den Wahlen von 1893 erst die Agitation für die Ziele der Sozialdemokratie ernstlich begonnen wurde, haben wir außerordentliche Erfolge zu verzeichnen, die vor allem den agrarischen Ausbeuterparteien ein ernstliches memento mori entgegenrufen. All' der Hohn über unsere Landagitation, all' das Bösen auf den Hals gegen die Sozialdemokratie, den der offtübische Patriarchalismus um die Landarbeiterschaft gebaut haben soll, muß völlig verstummen vor unseren Erfolgen in Ostpreußen, in Oberschlesien, in Westfalen, in durchwegs ländlichen Kreisen in Sachsen, in Braunschweig und anderwärts.

Das beste Bild von der Art, wie der Samen unserer Agitation auf dem Lande in die Halme zu schließen beginnt, zeigt die von der konservativen „Elbinger Zeitung“ aufgestellte Statistik über das Anwachsen der sozialdemokratischen Stimmen in Ostpreußen. Wir theilen die lehrreichen Zahlen hier mit:

	1893	1898
in Memel-Gebiet	1805	3062
„Labiau-Bezirk	1392	3594
„Königsberg-Land	4400	6819
„Heiligenbeil-Bezirk	583	1050
„Pr. Holland-Mehrungen	0	907
„Ostpreuß. Weidenburg	75	754
„Rastenburg-Friedland	660	3178
„Elst	1489	2672
„Ragnit-Willmitten	225	3539
„Gumbinnen-Insterburg	492	1873
„Angerburg-Röden	83	467
„Lyd-Johannisburg	630	1297
„Sensburg-Ostelsburg	32	266

Demnach scheint also die Sozialdemokratie durch den Freisinn noch nicht so bald manetodt gemacht zu werden. Ostpreußen ist die Heimath der Partei Junglithauen, aus der sich die Fortschrittspartei, die deutschfreisinnige und die nun unter dem Protektorat des Herrn Ober-Postassistenten Stöckmann und des Zahnarztes Strumpf stehende Partei zurückentwickelt hat. Hier in ihrer Stammesburg, die sie freilich längst dem Junkerthum ausliefern mußte, macht also die Sozialdemokratie einen so gewaltigen Vorstoß, der uns zuversichtlich für die Zukunft macht. Wo wir in die Domäne der starken Junkerpartei, die über den Behördenapparat in der

ungenirtesten Weise verfügt, Bresche geschlagen haben, brauchen wir wahrlich nicht das ohnmächtige Gequäle der ausgeblasenen Freisinnströme zu fürchten.

Das Zentrum, das noch mehr als die Konservativen als ernste politische Partei in Betracht kommt, rühmte sich stets, daß es die unüberwindbare Schutzwehr gegen den Einfall der Sozialdemokratie ist. Sicherlich ist dies übertrieben, wie ja schon allein der Hinweis auf die Entwicklung unserer Partei in Süddeutschland beweist, aber richtig ist es, daß wir in den vom Zentrum beherrschten Kreisen langsamer fortschreiten, als in anderen Gegenden des Reiches. Vom Zentrum sind meist wirtschaftlich zurückgebliebene Gegenden beherrscht, in denen naturgemäß die Sozialdemokratie langsamer Fuß faßt, wie in den Gebieten der industriellen Großproduktion. Daß aber mit der raschen industriellen Entwicklung Deutschlands auch das Zentrum bald ernstlich von dem Vormarsche der Sozialdemokratie bedroht werden wird, beweisen die für uns überaus erfreulichen Wahlergebnisse in Oberschlesien.

Diese Wahlbetrachtungen beweisen, daß wenn wir auch manches Wahlergebnis anders gewünscht hätten, wir mit dem Gesamtergebnisse völlig zufrieden sein können.

Deshalb Genossen, wo ihr diesmal eine kleine Schlappe erlitten habt, nicht den Kopf gesenkt, sondern Kopf hoch und richtig und raschlos weiter gearbeitet für den Sieg der einzigen Volkspartei im Deutschen Reich, für den baldigen und ganzen Sieg der Sozialdemokratie.

Aus Frankreich.

Paris, 22. Juni.*

Zur Ministerkrise. — F. Faure's persönliches Regiment. — Radikale Schacherpolitik. — Dreyfus überall. — Ein militärisches Attentat.

Die Ministerkrise dauert bereits seit acht Tagen, und zur Stunde diktiert Felix Faure noch immer an der Aufgabe herum, ein „Veröhnungs“-Ministerium zu Stande zu bringen, welches die Ordnungspolitik Meline's unter einer neuen Firma fortsetzen soll. Der Umgang mit dem Jaren, der Heiligkeit der russischen Allianz hat es unüberwindbar dem ehemaligen schlichten Lederhändler und Abbeur angehen. Der Präsident der Republik stimmt sich mit aller Macht gegen die verfassungsmäßige Ausführung des Willens der Kammermehrheit. Daher die lange Dauer der Ministerkrise und namentlich der Mißerfolg der Versuche Sarrien's, ein radikal-opportunistisches Kabinett zu bilden.

Ebenso wahr ist es aber, daß die Radikalen selber zum Theil an F. Faure's Haltung schuld sind. Sie waren konsequent oder genauer, einsichtig genug, um nicht in ein Kabinett Ribot einzutreten. Sobald aber ihnen mit der Berufung Sarrien's, des gemäßigten Vertreters des gemäßigten Theiles der rechtsstehenden Radikalen, die Aussicht auf ein angenehmeres Stillsitzen winkte, begannen sie unüberzüglich ihr ganzes Programm preis — im Namen der „republikanischen Veröhnung“. Die Revision der Verfassung selbst in der harmlosen Form der Einschränkung der thattätlichen Uebermacht des Senats sollte ganz und gar „vertagt“, die Steuerreform um ihren wirksamen Kern, den Grundbesitz der Progressivität und der Befreiung des gesamten Einkommens, beschnitten werden. Mit einem Worte, das neue „Veröhnungs“-Ministerium sollte wie ein Ei den anderen den alten „Konzentrations“-Ministerien gleichen, in denen die Radikalen ihr Programm um einige Ministerposten verpackten, nur daß diesmal ein etwas höherer Preis, die Hälfte der Portfeuille des der Ministerpräsidenten, verlangt wurde. Die Bourgeois-Republikaner fanden unflüchtig den Preis zu hoch — und Felix Faure verabschiedete freudig den radikalen Strohmann Sarrien.

Wie auch die Ministerkrise enden mag, ihr bisheriger Verlauf ist von bleibend-lehrreichem Werth. Nach fast drei Jahren grundsätzlichen Kampfes um die längst vergessenen Reformen haben die Radikalen in einem entscheidenden Augenblick von neuem ihre ganze Unzuverlässigkeit offenbart. Und es ist nicht ihr Verdrüss, wenn der Schacherhandel — vorläufig! — sich zerklüftet hat. Grundsätzlich haben sie alles geopfert, nur in der Personenfrage haben sie sich freigezeigt. Zur Entscheidung berufen sie sich auf die derzeitige kritische Lage der Republik, auf die Verfallmonarchistische Gefahr, geschaffen durch die zweijährige Meline'sche Politik und die Dreyfus-Affäre. Wenn das wenigstens wahr wäre! In Wirklichkeit spekulierten gerade die Radikalen in der Ministerkrise ebenso sehr wie in der Wahlkampagne auf die hauswirtschaftlichen Strömungen, um oben auf zu kommen. Handgreiflich kam das zum Vorschein in der Thatsache, daß Sarrien zum neuen Kriegsminister Herrn Cavaignac auszuwählen hat, einen auch Radikalen, der militärischer ist als der entzogtste Säbelkrieger. Die Generalstabspresse mit Rochefort und Drumont an der Spitze nahm denn auch sofort das werdende Ministerium Sarrien in Schutz. Cavaignac, der in der alten Kammer Meline und den General Willot — man denke! — noch nicht schätzungslos genug gegenüber der militärischen Oligarchie gefunden, der die plumpe Ernennung von „Gefährten“ des Dreyfus aufs Tapet gebracht hatte, ist für die Rochefort und Drumont zum „unentbehrlichen Mann“ geworden.

Die Dreyfus-Affäre greift überhaupt vertörend auch in die Ministerkrise ein. Ribot scheiterte in seinen Kabinettsbildungsversuchen nicht zum mindesten wegen der Dreyfus-Hag. Man warf ihm vor seine — protestantische Konfession und einige angeblich „dreyfusfeindliche“ Aeußerungen seiner Frau, einer Engländerin! Noch schärfer wurde Gebardenpöcher behaupteten schlantweg, Ribot hätte in den Kouloures der Kammer eine „stille, aber energische“ Kampagne für die Revision des Dreyfus-Prozesses geführt. Ferner soll nach unidentifizierten gebliebenen Preshmelungen Panotang, der „unerfährliche“ Minister des Auswärtigen, auch durch seine eigenen Leute Ribot den Dreyfus-Anklage zwischen die Beine geworfen haben, nachdem dieser es beabsichtigt hatte, die auswärtige Politik endlich einmal der Leitung des Panotang zu entziehen. — Jetzt, nach dem Mißerfolg Sarrien's, dominiert Rochefort und Drumont gegen F. Faure nicht etwa deswegen, weil er verfassungswidrig ein mehr oder minder radikales Ministerium zu vermeiden sucht, sondern deswegen, weil er angeblich auf das Zustandekommen eines „Dreyfus-Ministeriums“ hinarbeiten soll!

*) Raumangels wegen verspätet.

Im Zusammenhang damit sei noch die letzte „patriotische“ That des Generals Willot, des bisherigen Kriegsministers, erwähnt. Just am Vorabend der ministerstürzenden Interpellation vom 13. und 14. Juni ließ er den ehemaligen Abg. Joseph Reinach in dessen Eigenschaft als Landwehr-Kapitän vor einen militärischen Disziplinarrath verweisen. Grund: die Veröffentlichung der Uebersetzung eines Artikels aus der englischen „National Review“, worin die Möglichkeit erörtert wird, daß die deutsche Regierung im Kriegsfall den französischen Generalstab bloßstellen könnte durch Veröffentlichung der Schuldbeweise gegen Esterhazy. Der Verfasser des Artikels ist, wie nunmehr festgestellt ist, der englische Gelehrte Campbell. Reinach hat seinerseits den Artikel mit einigen sehr patriotischen Kommentaren versehen, indem er an das wohlverstandene Interesse Frankreichs appellirte, wie er das immer in seinen Artikeln zur Dreyfus-Geschichte that. Die militärische Disziplinarrath wäre übrigens in allen Fällen ein Attentat auf die Pressefreiheit und die Bürgerrechte der Landwehr-Angehörigen. Aber was verhängt es? Hatte nicht der hauswirtschaftliche Abgeordnete Castelin eine Interpellation über den Reinach'schen Artikel eingebracht, deren Vertagung er zugleich mit der ministerstürzenden Interpellation verlangte? Galt es nicht, die hauswirtschaftlichen Stimmen in dieser Interpellation zu gewinnen? ... Nach dieser Seite hat sich nun zwar General Willot verneigt, dafür aber konnte er von vornherein vor Angriffen von demokratischer Seite sicher sein. In der That, mit zwei schwächlichen Ausnahmen, hat bisher niemand in der Presse gegen das militärische Attentat aufzumucken gewagt. Und heute fragt Genosse Jaurès in der „Petite République“ mit trauerndem Herzen: „Werden wir (französische Sozialisten) alle den Muth haben, in einem Moment, wo die Wahrheit allein uns retten kann, ohne Furcht vor verurtheilenden Insinuationen alle reaktionären Mandate zu brandmarken? Werden wir den Muth haben, zu sagen, selbst wenn es sich um einen Joseph Reinach handelt, daß die militärische Gewalt, indem sie einen Reiteroffizier wegen eines Zeitungsartikels ... maßregelt, für die gesammte Nation die schlimmste Anecdote vorbereitet? ...“ Aber freilich gehört der Name und die Person Reinach's, des Verwandten des panamistichen Barons v. Reinach, zu den besiegelten in Frankreich. Das erleichtert der militärischen Oligarchie ihr neues Attentat und erspart eine nutzige Abwehr. Jaurès' Frage dürfte daher unbeantwortet bleiben, d. h. im verneinenden Sinne beantwortet werden.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 25. Juni.

Alles sozialdemokratische Verheerung. Gar zu gerne möchte die ob des Wahlerfolges der Sozialdemokratie fuchswild gewordene Reaktion unserer Partei so ein kleines Aufsprühen mit etlichen Jahren Jugendhaare auf den Hals hängen.

Was in Eignis und Gestalt in letzter Zeit aus völlig unpolitischen Uebersichten vorgekommen ist, wird ohne viel Federlesens der „sozialdemokratischen Verheerung“ zugeschrieben, weil es eben so ins Gesicht hineinschneidet.

Denn bringt der offiziöse Telegraph aus Heilbronn ein besonders gefundenes Fressen, nämlich die Nachricht von gewaltthätigen Ausschreitungen, die „gelegentlich der Stichwahl“ vorgekommen sind, Schimpfsworte gegen den Erwählten der Ordnungspartei, Hegelmaier, Hochrufe auf den sozialistischen Kandidaten Ritter, Polizei, Feuerweh, Militär, aufgepflanztes Bajonnet, Steinwürfe, viele Verhaftungen — das ist die Konfektion, in welcher der Freudenengel abgefüllt wird.

Wir haben angelächelt des gefährlichen Charakters, der diesem offiziellen Telegramm offensichtlich anhaftet, unseren Korrespondenten im Ausland über den geistigen Weltumflug ersucht und erhalten von dort die folgende telegraphische Antwort:

Nach Bekanntwerden des Wahlergebnisses sammelten sich am Freitag Abend eine Anzahl junger Burschen aus den „besseren“ Kreisen auf dem Marktplatz an. Die jungen Herren ließen Hegelmaier hochleben, eine Provokation, die von anderen Leuten mit einem Hoch auf Ritter beantwortet wurde. Schließlich artete das Hochrufen in einen gewöhnlichen Straßenlärm aus, in dem der Gassenhauer „Du bist verrückt, mein Kind“ den Grundton bildete. Als gegen 10 Uhr der Radau gar zu laut wurde, hielt Genosse Ritter es für angezeigt, von der Rathhaustreppe aus die Leute durch eine Ansprache zur Ruhe zu ermahnen. Die Mahnung schien auch Erfolg zu haben, als Hegelmaier auf den Plan trat. Dieser neue Volksvertreter wußte nichts eiligeres zu thun, als Polizei und Feuerweh zu requiriren; letztere bombardirte die Hühner bald aus Selbstkräften mit kaltem Wasser. Nun entstand ein allgemeiner Tumult; im Rathskeller wurden Fenster eingeworfen, man rufte Militär herbei, welche die Menge mit der Waffe auseinander treibt.

Nach 12 Uhr richtet Ritter nochmals eine Mahnung zur Ruhe an die Tumultuanten. Inzwischen säubert das Militär weiter den Marktplatz und die Straßen. Viele Verhaftungen werden vorgenommen, doch befinden sich unter den Festgenommenen keine Sozialdemokraten. Zum Schluß wurde die Aufsprühe verlesen und aus unerfindlichen Gründen vom Ordnungsmann Hegelmaier das Gewerkschaftshaus geschlossen. Auch wurde es für angezeigt gehalten, aus Ludwigsburg Kavallerie zu requiriren. Die ganze Affäre ist ein ortsüblicher Heilbrunner Arzwall, dem keinerlei politische Bedeutung beizumessen, ein Vorfall, der auch ohne das Dazwischentreten der Ordnungsführer vielleicht in Gütte beigelegt worden wäre.

Schicht fatal ist den Feinden der Arbeiterorganisationen der Hinweis der Breslauer „Volkswacht“, daß die Liegnitzer Unruhen, die bekanntlich wegen der körperlichen Bückung eines Dienstmädchens durch die sogenannte „Gerricht“ entstanden, in der heillosen Gesehenskenntnis der dortigen Bevölkerung ihre Ursache haben, und daß der Mangel an Kenntniss der Gesetze seine natürliche Erklärung in den Hindernissen findet,

die man der für die Bildung der Volksmassen so außerordentlich wichtigen Arbeiterorganisationen bereitet. Schwaburg, der Herausgeber der „Berliner Post. Nachr.“, empfängt von dem Industriellen-Verband ca. 10000 M. zu dem speziellen Zweck, der Ausbreitung der Arbeiterorganisationen entgegenzuwirken. Er fühlt sich durch den Hinweis der Breslauer „Volkswacht“ begreiflicherweise aufs tiefste getroffen und sucht sich nun in einem unthätigen Schimpfartikel gegen den „Vorwärts“ aus seiner fatalen Situation mit der Frage herauszuheulen: „Wäre es nicht viel einfacher, zu bekämpfen: Mord, Brandstiftung, Raub, Diebstahl, überhaupt alle Verbrechen sind nur die Folge der heillosen Seelenverfinstlung?“

So eine dumme Frage kann wirklich nur der Schwaburg stellen, für dessen Verstandesbeschaffenheit es überaus bezeichnend ist, daß er Leute, die aus Mitleid für ein mißhandeltes armes Dienstmädchen sich zu Ausfahrungen hinreihen lassen, mit Mördern, Brandstiftern, Räubern und Dieben auf eine Stufe stellt. Im vorliegenden Falle ist die Frage dieses begriffsstutzigen Geistes nicht so sehr, als die Teilnehmer an den Pögnier Unruhen, eben infolge der dort herrschenden heillosen Seelenverfinstlung, notorisch erst durch die Lokalblätter von den gelegentlichen Vorschriften über Zusammenrottungen etc. unterrichtet werden mußten. Zweifellos haben sie ebenso wenig gewußt, daß nach der preussischen Gefinde-Ordnung die „Herrschaft“ das Recht der Zuchtigung des Diensthofen hat. Ein moderner Mensch, der die Gefinde-Ordnung nicht gelesen hat, kann ja auch selbstverständlich nicht wissen, daß ein solches barbarisches Recht thatsächlich noch besteht.

Aus Elberfeld-Verhörungen, 24. Juni. (Eig. Ver.) Die „vereinigten Ordnungsparteien“, welche am 18. Juni in Straburg gegen die Sozialdemokratie Sieger blieben, erwarten jetzt von der Regierung, daß sie sich der politisch tugendhaften Landeshauptstadt gegenüber dafür erkenntlich erweise. So druckt heute die „Strab. Post“ unter der nicht mißzuverstehenden Überschrift „Reichstagswahl und Oberlandesgericht“ einen Artikel des in Kolmar erscheinenden „Elb. Tagebl.“ ab, der sich mit der beabsichtigten Verlegung des genannten Gerichts von Kolmar nach Straburg beschäftigt. Am Schlusse desselben heißt es: „... Wir haben alle Veranlassung, Sorge zu tragen, daß an möglicher Stelle die Entscheidung zu gunsten Kolmars nicht erwirkt werde. Mögen unsere Gegner sich drehen und wenden wie sie wollen: Der Ausfall der Reichstagswahl kann von größter Bedeutung für die Entscheidung dieser Frage werden! Das genügt! Wenn die Kolmarer Wähler sich diesen Willen zu Herzen nehmen und in der Stichwahl ebenfalls dem regierungsfremdlichen Kandidaten zum Siege verhelfen, so bringen sie die Regierung in die Verlegenheit, in der Oberlandesgerichtsfrage entweder die Straburger oder die Kolmarer „Guiseimten“ vor den Kopf zu stoßen. — Die sterbliche „Oberl. Landesz.“ bringt folgenden hübschen Beitrag zur Geschichte einer gouvernementalen Reichstags-Kandidatur: „Neben der Entsendung der Kandidatur Ruhlans in Kolmar wird nun bekannt, daß, nachdem alles Drängen und briefliche Aufforderungen von Straburg aus nichts gezeichnet hatten, Staatssekretär v. Puttkamer in selbstgeleiteter Person unerwartet in Münster erschien, um Herrn Ruhlans die Kuffelung seiner Kandidatur abzusprechen. Es gelang. Die Regierungsblätter behaupten, Ruhlans sei zu der Stunde schon entschlossen gewesen, seine Kandidatur aufzustellen. Thatsache ist, daß erst nach dem Besuch der Wahlvorberatungen in die Wege geleitet wurden. Auf seinen Wahlgängen wird zur Zeit Herr Ruhlans vom Polizeikommissar von Münster begleitet — vielleicht zu seinem persönlichen Schutz.“ Nach alledem, was man bei uns in puncto behördlicher Wahlmacht schon erlebt hat, haben wir keinen Grund, an der Wahrheit obiger Mittheilungen zu zweifeln.

Die internationale Jüdenkonferenz beschäftigte sich gestern Nachmittag mit den in den letzten zwei Sitzungen ins Auge gefassten Punkten, nämlich mit der Definition der Prämissen, mit der Norm, die angewandt werden soll auf die Massnahmen sowie auf die Mischungsverhältnisse, und drittens mit den vorläufigen Bestimmungen, welche der Bedarf in Ausnahmefällen maßgebend sein sollen. Die beiden ersten Punkte waren der Gegenstand von vorläufigen Redaktionsvorschlägen, welche in einer weiteren Sitzung endgültig geprüft werden sollen. Der dritte Punkt gab Anlaß zu Meinungsverschiedenheiten und wurde zurückgestellt bis zu dem Augenblick, wo ein positiver Vorschlag niedergelegt werden könne, um zur Grundlage für die Verhandlung zu dienen. — Die heutige Sitzung der internationalen Jüdenkonferenz wird wahrscheinlich die letzte sein; die Verhandlungen werden zwischen den verschiedenen Regierungen direkt fortgesetzt werden.

Oesterreich.

Wiener Feste. Jubiliert muß werden trotz alledem. Zwar trägt das Reich in allen Augen, seine Grundlagen wanken und nichts steht fest, nicht einmal seine blasse Existenz als einheitliches Staatsgebilde. Zwar bedeutet die Jubelzeit von 50 Jahren nur die Spange von einem politischen Bankrott zum anderen, und was politisch denkt in Oesterreich, steht vor der Erkenntnis, daß 1898 nicht eine einzige Frage gelöst sieht, die 1848 gestellt wurde — aber jubiliert muß werden. Unzählige Anknüpfungen warten auf Orden, unzählige Fierden des Bürgerthums auf Abzeichen. Man würde sich nicht wundern, wenn der Kaiser so schwere Sorgen hätte, daß er auf die Feier verzichtet, die auch ihm nur Behnmt bereiten kann. Aber die Schaar der Ögänger bleibt nicht nach, sie jubiliert und giebt vor, die zweifelhafte Wirtel der Liebe zur Dynastie sei die letzte Klammer des zerfallenden Reiches. So wird das Regierungsjubiläum des Kaisers gefeiert von — Kindern und Jägern. Ein Mieszug der Wiener Schulkinder begrüßte ihn gestern und heute bot er den in Schönbrunn verammelten Jägern Waldmannsheil. Trauriger wurde wohl nie ein Jubelfest gefeiert. —

Schweiz.

Bern, 24. Juni. (Eig. Ver.) Die bereits in der Festschrift-Session von unsern Genossen Wullschläger namens der sozialistischen Gruppe im Nationalrath eingebrachte Motion betreffend die Proportionalwahl des Nationalraths ist von demselben an den letzten drei Tagen behandelt worden. Wullschläger begründete den Antrag in einflussreicher Rede, wobei er einen Ueberblick über den Stand der Proportional- und Wahlrechtfrage im In- und Ausland und über die bereits erfolgte gesetzliche Einführung und praktische Anwendung der Proportionalwahl in mehreren Schweizer Kantonen gab und sodann weiter ausführte, daß gerade bei den Nationalrathswahlen der eidgenössische, der nationale Gesichtspunkt in den Vordergrund treten müsse, was aber nur geschehen könne, wenn alle Parteien und Richtungen erhalten, was ihrer politischen Bedeutung zutomme. Die Herrschaft der Mehrheit passe nicht in ein demokratisches Gemeinwesen. Zwar habe das Volk das letzte Wort zu sagen, allein das macht die Verhältnismäßigkeit nicht überflüssig, sie sei ein notwendiger Theil eines demokratischen Systems. Die soziale Reform würde durch das Proportional-Wahlverfahren mächtig gefördert. Vielleicht könnte von einer Verfassungsrevision Umgang genommen und sofort ein neues Wahlgesetz geschaffen werden. Der Antrag wurde von mehreren Rednern der radikalen Mehrheitspartei, von der übrigens mehrere andere Redner ebenfalls für den „Proporz“ eintraten. Dafür sprachen ferner weitere Redner der sozialistischen Gruppe, sodann der Ultramontanen und der reformirten-konservativen Fraktion. Die Mehrheitsredner wiederholten die alten, schon in den Kantonsrathswahlen längst widerlegten Gemeinplätze aller Art gegen das Proportional-Wahlverfahren und für die Vortrefflichkeit des „Majorz“ (Mehrheitssystems), wobei der gemeinsame Grundton die ewige Aufrechterhaltung der Herrschaft der radikalen Partei war. Der baseler konservativ-ökonomische J. J. J. meinte, jedes Proporzsystem sei immer noch besser, als der geltende Majorz. Curti-St. Gallen beleuchtete die ausbleibende auf die Herrschaft der radikalen Mehrheit zugeschnittene Wahlkreisgeometrie für die Nationalrathswahlen. Durch den „Proporz“ werde der Wille des Wählers freier, es erhält jede Partei, was ihr gehört; die Zeit der Ausschließlichkeit ist vorüber, die proportionale Wahl schafft Ge-

rechtigkeit und trägt zur Demokratisierung des Bundes bei. Das Ergebnis der dreitägigen Verhandlungen war die Ablehnung des Antrages Wullschläger mit 115 gegen 15 Stimmen und die Annahme einer „radikalen“ Motion mit 78 gegen 57 Stimmen, welche den Bundesrath einladet, sowohl die Frage der Proportionalwahl wie die einer anderen Wahlkreis-Einteilung, und zwar unter Berücksichtigung der Kantons-grenzen, zu prüfen. Der gepirte gedruckte Votus, von dem radikalen Keller-Luzern beantragt, ist ein ganz perfider jesuitischer Kniff, der anscheinend mehr giebt, als die Nation verlangt, aber in Wahrheit alles über den Haufen wirft, weil ein Gesetz über die eidgenössischen Wahlen ohne Berücksichtigung der Kantons-grenzen in der Volksabstimmung mit wichtiger Mehrheit verworfen werden würde. Und da werden diese Liberalen anderen Parteien Jesuitismus vor! Es bleibt nun abzuwarten, wann und welcher Bericht seinerzeit vom Bundesrathe dem Nationalrathe wird vorgelegt werden. Fest steht jetzt, daß die Stimmung für den „Proporz“ in weiten Kreisen aller Parteien vorhanden ist. —

Frankreich.

Das Ministerium zu bilden ist diesmal schwerer als bei irgend einer früheren Ministerkrise der dritten Republik. Meline scheint im Stillen zu arbeiten, um jede Kabinettsbildung unmöglich zu machen, damit er als letzter Rettungsanker vom Präsidenten wieder gefragt werde. Puyol hat nun auch auf die Kabinettsbildung verzichtet. Er erklärte einigen Zeitungs-Verichterstattern gegenüber, die Progressisten hätten ihre Mitwirkung bei der Bildung des Kabinetts aus dem Grunde verweigert, weil Puyol ein Vorsteher eines radikalen Sozialisten überlassen wollte. Die Progressisten hätten es auch abgelehnt, ihm die alleinige Entscheidung in der Wahl seiner Mitarbeiter zuzugestehen.

Nun hat Faure sich an Brisson gewandt. Es ist kaum anzunehmen, daß er mehr Glück haben wird als Sarrien und Puyol. —

Paris, 24. Juni. (Eig. Ver.) Die Kammermehrheit zeigt bisher in den Mandatsprüfungen eine parteiische Voreingenommenheit, die selbst vor der Billigung der offenkundigsten Wahlgeschändungen nicht zurücksteht. Einige Beispiele: Es wurde unvordenklich nachgewiesen, daß der ehemalige Minister Georges Lohguez seine geringe relative Mehrheit in der Stichwahl (8800 gegen 18000 Stimmen seiner beiden Gegner) nicht nur einem schamlosen Wahltrug seitens der Regierungorgane verdankt, — das trifft ja mindestens auf die Hälfte der gewählten Ordnungsparteiler zu, — sondern einer umfassenden amtlichen Beschönigung auf Kosten des Staatsfiskus. Im Laufe der Wahlkampagne wurden nicht weniger als 160000 Franken an staatlichen Subventionen in Lohguez' Wahlkreis vertheilt. Thut nichts! Der Ordnungsparteiler Regierungsmann wurde validiert. Prinz v. Krenberg, ein „radikaler“ Großgrundbesitzer, klagte in der Stichwahl mit 5500 gegen 8700 auf den sozialistischen und radikalen Kandidaten gefallene Stimmen, nachdem er u. a. die Gültigkeit seines Republikanismus durch eine gefälschte Empfehlung seitens der Vizepräsidenten der alten Kammer, Deschanel und Poincaré, ohne deren Vorwissen den Wählern vorgegaukelt hatte. Thut nichts! Die Wahl des Fälschers wurde für gültig erklärt. M. Lasserre, einer der treuesten Kammluden Meline's, wurde erst nachträglich von der amtlichen Nachprüfungs-Kommission mit einer Mehrheit von einigen dreißig Stimmen für gewählt erklärt, und zwar auf Grund einer erwiesenen Wahlfälschung, welche obendrein hauptsächlich in dem Wahlbureau verübt worden war, wo Lasserre, Bürgermeister der betreffenden Gemeinde, persönlich den Vorfall führte. Aber auch diese „Wahl“ wurde für gültig erklärt — und das bezeichnenderweise, wir werden weiter sehen warum, mit 820 gegen 177 Stimmen!

Nach alledem versteht es sich von selbst, daß die Wahl Rotté's, Roubaix, des Gegners von Jules Guesde, unter dem Jubel der Ordnungsparteiler validiert wurde. Vergebens war der von Millerand gelieferte Nachweis, daß der Stimm von Roubaix, der 6000 Arbeiter beschäftigt, zu dem permanenten terroristischen Druck auf die Arbeiterklasse die brutale Verneinung des Wahlgeheimnisses am Wahltag hinzufügte, daß „seine“ Arbeiter gruppenweise unter der Aufsicht der Werksmeister an die Wahlurne geschleppt wurden. Rotté konnte sich die Mühe ersparen, auch nur den Schein einer Widerlegung der von Millerand vorgebrachten Thatsachen zu versuchen. Er beschränkte sich auf eine charakteristische und sozialkennzeichnende Rede in der „Lauseingangs-Rede“ des Königs Stimm, postie auf seine „Wahlkaten“ im Interesse der Arbeiter, die er natürlich als lebender Vater behandelte und in deren Dienste er „vierzehn Stunden täglich“ sich abgabere u. s. f. Die Ordnungspartei bereitet dem selbststigen Vertreter der vereinigten wirtschaftlichen und politischen Unterdrückung eine begeisterte Ovation, und es fand sich eine Mehrheit von 816 gegen 169 Stimmen, um Millerand's Antrag auf Anordnung einer parlamentarischen Enquete abzulehnen.

Man sieht, in dieser Abstimmung, wie in derjenigen über die „Wahl“ Lasserre's haben die Sozialisten und die Linksradiakalen die Grundlage der Verfassung, die gesetzliche Ausübung des allgemeinen Wahlrechts in Schung genommen. Die gemäßigten Radikalen machten theils gemeinsame Sache mit dem gesetzverachtenden Gewaltthäter der „Ordnungspartei“, theils enthielten sie sich muthig der Abstimmung. Das ist bereits die erste handgreifliche Folge der im Werke befindlichen Wiederherstellung der Radikalen mit den Bourgeoisrepublikanern, der Anfang der Verräthereien der regierungsfähigen Radikalen im kommenden „Versöhnungs“-Ministerium. —

Paris, 25. Juni. Ein Dekret erklärt Reinach seines Grades als Hauptmann der Landwehr für verlustig. —

Italien.

Rom, 25. Juni. Die Deputirtenkammer stimmte den Verordnungen zu, welche bis zum 30. Juni die Getreidepreise aufheben und diese Höhe vom 1. Juli ab auf 5 Lire und vom 16. Juli ab auf 7,50 Lire festsetzen. Die Kammer vertagte sich darauf auf unbestimmte Zeit und beauftragte den Präsidenten mit ihrer Wiedereröffnung. —

England.

London, 23. Juni. (Eig. Ver.) Im Streikgebiet in Wales hat sich bisher noch wenig geändert. Die Arbeiter hoffen, durch Beeinflussung der Maschinen ihrer Sache eine günstige Wendung geben zu können, schlägt aber diese Hoffnung fehl, so wird der Kampf als verloren zu betrachten sein. Schon jetzt sollen ein großer Theil der Ausständigen bereit sein, sich mit einem Lohnaufschlag von 5 pCt. zu begnügen, was dem ursprünglichen Angebot der Unternehmer 8 1/2 pCt. ziemlich nahe kommt. Die Regierung hat einen Theil der in das betroffene Gebiet entsandten Truppen wieder zurückgezogen und wird nun wohl, wo beide kämpfenden Parteien anfangen, kampfmüde zu werden, demnächst mit einem Vermittelungsversuch hervortreten. Daß sie lieber auf die fälligen Mandate der Kriegsfloste verzichtet hat, als an die Unternehmerrechte der Grubenbesitzer zu lassen, entspricht der von ihr beim Maschinenbauersstreik beobachteten Haltung, wo sie ja auch lieber auf die Fertigstellung von Kriegsschiffen verzichtete, als den Unternehmern im Kampf mit den Arbeitern Schwierigkeiten zu bereiten. Minister Mische ist in dieser Hinsicht zäher wie sein Kollege John Gorst vom Erziehungsdepartement, der neulich wieder einmal über die Mißstände im Schulwesen mit einer Offenheit gesprochen hat, bei der den im konservativen Lager so einflussreichen Freunden der Kirchenschulen und den Gegnern der Erhöhung des schulpflichtigen Alters die Haare zu Berge standen. Rundweg erklärte der konservativ-minister die Bauern und Landjuden („Squires“) für die Erbfeinde jeden Fortschrittes im Volksschulwesen.

Es geht das Gerücht herum, Mr. Chamberlain wolle sein Amt als Kolonialminister niederlegen, und ungewisselhaft herrscht im konservativ-unionistischen Lager nichts weniger als innige Freundschaft. Phantastische Gemüther sprachen schon von einer Milderer Chamberlains ins liberale Lager. Damit hat es indeß noch gute Wege. Tritt Herr

Chamberlain aus dem Ministerium, dann wird er einfach mit seinen Lehnsmännern eine Zeitung „Wilder“, wie er dies schon einmal war. Aber auch das würde die Aussichten der Liberalen auf Rückkehr an die Regierung sehr erhöhen. Vorläufig ist jedoch auch der Austritt nur eine Vermuthung.

Serbien.

Den Radikalen geht es zur Zeit recht übel. Ihr Parteiorgan „Objet“ mühte, nachdem es dreimal konfiskirt worden war, nach den Bestimmungen des neuen Pressgesetzes sein Erscheinen einstellen. Die radikale Partei wird unter einem anderen Namen ein neues Parteiorgan herausgeben. —

Türkei.

Konstantinopel, 24. Juni. Die Pforte richtete unter dem 21. d. M. ein Rundschreiben an die türkischen Vertreter in London, Paris, Petersburg und Rom, in welchem sie gegen jedes ohne Verfragen der Pforte zu stände kommende Arrangement betreffend Kreta Verwahrung einlegt. —

Asien.

Songkong, 24. Juni. („Times.“) Die Franzosen stießen in Kwangtschau auf großen Widerstand von Seiten der Eingeborenen. Ein chinesischer Koffe, welcher französische Kriegsschiffe in den Hafen geleitet hatte, wurde ermordet und seine Familie schwer mißhandelt. Die Eingeborenen weigern sich, der französischen Garnison Lebensmittel zu verkaufen. Die chinesischen Beamten machen alle Anstrengungen, die Eingeborenen im Zaum zu halten und den Feindseligkeiten vorzubeugen. Einem Versuch, Unruhen im Distrikt Macao zu stiften, ist man auf die Spur gekommen. —

Wahlbefrachungen.

Das freisinnige Flugblatt: „Wer ist Fischer.“

welches am Abend vor der Stichwahl verbreitet wurde, wirft auf die Art und Weise, in der Herr Eugen Richter in den Wahlkampf eingegriffen hat, ein sehr charakteristisches Licht. Die Schmähschrift, die unseren Genossen Fischer als „eine politische Null“ erklärt, und die freche „Anspruch“ aufstellt, „Fischer habe das Vertrauen aller seiner Wähler von 1893 grüßlich enttäuscht“, rührt nicht etwa von einem untergeordneten Zeilenreißer her, sondern stammt aus der Feder des Hauptmanns der freisinnigen Kompagnie in dem freisinnig-konservativ-antisemitischen Kartell: Eugen Richter hat das von Lügen und Verleumdungen strotzende Flugblatt geschrieben, auf seine Veranlassung ist es vertheilt worden. Das ist um so schimpflicher, als Richter die parlamentarische Thätigkeit unseres Genossen aus eigener Beobachtung kennt und weiß, daß sich Fischer durch seine Arbeiten in Kommissionen und im Plenum des Reichstages die ihm zukommende Beachtung erworben hat. Nicht allein, daß Herr Richter sich die Heldensirne mit konservativ-antisemitischem Lorbeer schmückt, nein, er nimmt auch sofort die Manieren seiner jetzigen Vusenfreunde an, indem er ganz à la Ashwardt läßt und schwindelt — eines Augenblinderfolges wegen. — Pui Teufel!

Wie der Freisinn sich verhältlich macht.

Ein Theil des östlichen Volkstheils gehört bekanntlich zum Großherzogthum Oldenburg. Die dortigen Freisinnigen haben das Jüergel der Wähler durch folgenden Ruf zu erschüttern gewußt: „Für Stichwahl! Warum wählen wir freisinnig? Warum müssen wir den Herrn Oberamtsrichter Bargmann wählen? Der Freisinnige, Herr Oberamtsrichter Bargmann, ist ein Oldenburgischer Staatsbeamter, der unserm Großherzoge Treue geschworen hat; der Nationalliberale, Herr Dr. Semler, ist ein Hamburger, ein Republikaner. Unserem Landesfürsten zu Liebe dürfen wir keinen Republikaner wählen. In Hamburg herrschen die Schöfunden des Alterthums: Geiz und Gabsucht, Unmähigkeit und Unfähigkeit; daher Krumm, Koth und Elend im Arbeiterlande. Herr Dr. Semler muß in Hamburg bleiben, damit er die Rolle eines Menenius Agrippa übernehme. Der Freisinn repräsentirt die moderne Weltanschauung, die Denkmalsart aller großen Staatsmänner, Dichter und Denker seit 150 Jahren. Der Freisinn gründet sich auf Kämpfen von Friedrich dem Großen, Lessing, Goethe, Schiller, Hegel, Linné, Jahn, Weibel, Vogt, Stollberg, Bakroth, Kaiser Wilhelm I., Kaiser Friedrich u. s. w. Der nationalliberale Herr Dr. Semler hat als Schleppenträger des Bundes der Landwirthe sich dem Jüurterthum in die Arme geworfen. Das Jüurterthum aber ist von jeher ein Feind vom Deutschen Volksthum“ gewesen. Das „Deutsche Volksthum“ hat folgende Lösung: „Leben und leben lassen.“ Wir wollen sein ein einzig Volk von Weibern.“ Daber gleiches Recht für alle! Allgemeines, geheimes, gleiches und direktes Wahlrecht! „Das Deutsche Volksthum läßt jeden nach seiner Facon fertig werden. 2. Heft. 3. 2. U. V. 5. 30. Joh. 18,35. Das „Deutsche Volksthum“ erstreckt, wie E. Weibel sagt, den Gottesfrieden, der kein Bekenntniß hat, noch braucht. Das freisinnige Wahlkomitee.“

Dieser Ruf bildet wohl so ziemlich das Ärgste, was jemals an Selbstentwürdigung geleistet worden ist. Und das wagt uns Vertheilung unserer Ziele vorzuerwerfen!

Die Mogeleten der Freisinnigen

für den „altbewährten Demokraten“ Langerhans im ersten Berliner Reichstags-Wahlkreis erweisen sich als noch viel verachtenswerther, als sie bereits von uns gekennzeichnet worden sind. Nicht bloß das Papier der freisinnigen Stimmzettel war nach Art und Qualität lenkbar, auch der aufgedruckte Name des Kandidaten war auf der Rückseite deutlich erkennbar. Und zwar ist das nicht zufällig bei dem einen oder dem anderen geschehen, sondern bei der ganzen, nicht geringen Anzahl der uns überbrachten Stimmzettel ließ sich dasselbe konstatiren. Nach sachmännlichem Urtheil kann dies nur auf direkte Bestellung hin in solcher Art ausgeführt worden sein, da alle Buchstaben gleichmäßig durchgedruckt waren. Kein abhängiger Arbeiter, Angestellter oder Beamter hat es wagen können, unter diesen Umständen für den sozialdemokratischen Kandidaten zu stimmen. In jedem anderen Wahlkreis würde dieser Trug genügend Material bieten, die Wahl anzufechten, denn das „geheime“ der Wahl war ganz aufgehoben; so aber handelt es sich um den Kreis der Millionäre, Minister und Hoffdaranzen, den müssen wir schon der freisinnigen „Volkspartei“ überlassen. Stolz braucht sie auf ihre Erfolge wahrlich nicht zu sein.

Die National-Sozialen,

die in den Berliner Wahlkreisungen ihren „Sozialismus“ so gern leuchten liehen, haben auch im ersten Berliner Wahlkreis, wie sie das im Reich gethan, sich auf ihre fiderisch-antisemitisch-konservative Herkunft besonnen, und sind in der Stichwahl für den rechtsstehenden Kandidaten eingetreten. In der letzten Nummer der „Hilfe“ wird den Wählern des Herrn Raumann in Jena gerathen, in der Stichwahl für den Nationalliberalen Wassermaun einzutreten, trotzdem er in sozialer Beziehung keine Gewähr bietet. Hier in Berlin haben die Herren nicht einmal den Muth gehabt, eine Parole anzugeben, aber an den Resultaten, die bei der gestrigen Stichwahl in einzelnen Bezirken erzielt wurden, ist zu erkennen, daß sie alle für Herrn Langerhans gestimmt haben; namentlich trifft das zu für das Hausviertel, das am 10. Juni Herrn Fischendörfer die meisten Stimmen gebracht hatte. Herr Langerhans ist nicht sozial, er ist nach der Auffassung derer um Raumann auch nicht national, denn er tritt nicht ein für unserle Plothenpläne und mäktet auch an den Militärforderungen herum. Trotzdem hat er die Stimmen der national-sozialen Ideologen und Schwärmer bekommen; ist er doch Wein von ihrem Wein und Fleisch von ihrem Fleisch. Die Herren National-Sozialen werden, wenn sie jemals wieder um Arbeiterstimmen werden sollten, die verdiente Antwort darauf erhalten.

Anathema sit!

Den großen Kirchenbann verhängte der „Bohumer Anzeiger“ über die katholischen Arbeiter, welche sich unterstehen, sozialdemokratisch zu wählen:

„Wir möchten aber den katholischen Arbeiter sehen, der angesichts solcher Dinge einem Sozialdemokraten seine Stimme geben kann. Versuch! wird sein Haus, versucht sein Lebensglück, der Fluch wird kommen über seine Kinder, wenn er es wagt, einen Sozialdemokraten zu wählen. Christliche Frauen, christliche Mütter, aufgepaßt auf eure Männer, die sich mit diesen Teufeln in Menschenengestalt verbinden wollen! Eine furchtbare Verantwortung laden die Männer auf sich, welche einen Sozialdemokraten wählen. Wps! über den anständigen christlichen Mann, der diese Leute unterstützt!“

Die Zentrumsleute müssen sich im eigenen Lager schon sehr bedrängt und unsicher gefühlt haben, wenn sie zu so starkem Tobal griffen. Ob das ergötzliche Gekläue auf andere als alte Weiber aber irgendwelchen Eindruck gemacht hat? —

Aus dem Rheinlande

Schreibt man uns: Unter den 23 deutschen Großstädten, die nach der Zählung vom 2. Dezember 1895 mehr als 100 000 Einwohner haben, machen die vier rheinischen Großstädte Köln, Düsseldorf, Aachen und Arefeld eine unheimliche Ausnahme. In ihnen ist das Zentrum die stärkste, wir erst die zweitstärkste Partei. In Köln sind wir mit unserer Stimmenzahl dem Gegner zwar schon ziemlich auf den Fels gerückt, doch überwiegt er uns immer noch um ein Viertel. Mit den drei andern Großstädten steht es weniger günstig: in Düsseldorf haben wir zwei Drittel der Wahl der gegnerischen Stimmen, in Arefeld etwas weniger als die Hälfte und in Aachen knapp ein Drittel. Und wenn man Essen dazu nimmt, das nach der letzten Zählung ja auch Großstadt geworden ist, so hat man das erschrecklichste Beispiel der politischen Minderwertigkeit der Bevölkerung rheinischer Großstädte: das Zentrum übertrifft mit seinen Stimmen dort die sozialdemokratischen sechsfach und die Partei Krupp fünfmal.

Die Wotny — He Zynula!

Die Deutsche — He Wotny! das war der Wahlspruch im Wahlkreis Oppeln, dem einzigen in Deutschland, in dem sich zwei Zentrums-Kandidaten in der Stichwahl messen. Wotny ist Warrer; er war bereits früher einmal Abgeordneter, hat aber als solcher nie etwas geleistet, bei einer wichtigen Abstimmung drückte er sich sogar. Jetzt ist er gewissermaßen Sammelkandidat, „von oben her“ wird seine Wahl sehr gefördert. Zynula ist bekannt. Dieser Volksblutgräuer gilt als Nationalapolo. Seine bekannte Forderung, mehr polnische Arbeiter nach Oberschlesien zu ziehen, um mit ihnen noch billiger als mit den hiesigen zu arbeiten, wird ihm von den blöden Anhängern der Polenbewegung so ausgelegt, als ob er Schwestern wieder polnisch machen wolle. Zynula freut sich über diesen Witz und wird vielleicht auch gewählt. Diese Vorgänge im Oppelner Kreise bilden vielleicht den Anlaß zu neuen Reibereien zwischen „Katholik“-partei und Zentrum. —

Der Zuwachs unserer Stimmen

gegen die Wahl im Jahre 1893 beträgt in Hamburg 15,7 pSt., in der Provinz Hannover 20 pSt., in Mecklenburg 46 pSt.

Die Sozialdemokratie in Schleswig-Holstein

vereinigten auf ihre Kandidaten bei den Reichstagswahlen folgende Stimmenzahlen:

	1893	1898	Zu- oder Abnahme
1. Gaderleben-Sonderburg	175	342	+ 167
2. Apenrade-Flensburg	4078	4016	- 62
3. Schleswig	4775	4116	- 659
4. Lönneburg-Büsum	768	709	- 59
5. Dittmarschen	7780	8076	+ 296
6. Ottenf.-Winneberg	12276	16928	+ 4652
7. Kiel-Rendsburg	18119	19419	+ 1300
8. Altona	20448	22589	+ 2141
9. Oldenburg-Plön	3230	2689	- 541
10. Lauenburg	3272	4056	+ 784
Insgesamt	74925	81940	+ 7015

Die Zunahme der sozialdemokratischen Stimmen in Schleswig-Holstein beträgt somit etwas über 9 pSt.

Der unschuldige Gendarm.

Für die Kampfweise, die von Seiten der Regierung gegen die Sozialdemokratie geführt wird, ist folgendes Stilleben bezeichnend. Am 1. Mai waren, wie man uns aus Kiel berichtet, in Dänischenhagen zwei parteigegensätzliche Flugblattverbreiter wider Gesetz und Recht von Gendarmen festgenommen worden. Die Betroffenen klagen, was der Staatsbürger in solchen Fällen thut, sie erstatteten gegen den Gendarmen eine Anzeige wegen Freiheitsberaubung. Auf diese Anzeige haben die beiden Parteigenossen jetzt folgenden Bescheid erhalten:

„Auf Ihre am 4. Mai d. J. im Verein mit Herrn Julius Hegelow an die Staatsanwaltschaft zu Kiel gerichtete und von dieser hierher zur zuständigen Veranlassung abgegebene Anzeige gegen den berittenen Gendarmen Wille II zu Dänischenhagen wird Ihnen hiemit erklärt, daß aus denselben Gründen wie vom kgl. Landrat zu Eiderstedt in seinem Bescheid vom 23. v. M. auch diesseits von einer weiteren Verfolgung Abstand genommen wird.“

v. Quast, Oberleutnant und Brigadier.“

Der Landrat hatte die weitere Verfolgung der Sache abgelehnt, weil die damalige Verhaftung durch den Gendarm zu recht erfolgt sei, da diesem die Ausbreitung der Reichstagswahlen noch nicht bekannt gewesen sei. Dieser Begründung schließt sich nun auch die borgelegte militärische Behörde des Gendarmen an. Die Verbreitung der Flugblätter ist aber durch die Gewerbe-Ordnung ausdrücklich gestattet. Trotzdem werden die Genossen verhaftet und gefesselt. Eine Beschwerde hierüber wird von allen zuständigen Instanzen abgelehnt, weil der Gendarm glaubte, in seinem Rechte zu sein. Sind das denn Rechtszustände, unter denen wir leben?

Zu ganz unerhörten Wahlbeeinflussungen

hat der Hof gegen die Sozialdemokratie den „Ober-Werksdirektor“ der Schichauwerth bei Danzig verleiht. In zwei Zuschriften, die bezeichnend für die Auffassung, die dieser Mann von dem Verhältnis zwischen Arbeiter und Unternehmer hegen muß, als „Zugabe-befehle“ den Lohnknechten zugegangen sind, trieb er in einer Weise Parteipolitik, die der Wahlprüfungs-Kommission wahrscheinlich zu dem Votum veranlassen wird: „Geraus mit dem Manne aus dem Reichstage, der unter solchen Beeinflussungen gewählt worden ist!“

In dem einen vom 10. Juni datierten Befehl wird die Sozialdemokratie zunächst ganz mordenmäßig heruntergerissen und mit den üblichen staatsfeindlichen Titulaturen bedacht.

Dann fährt der Ober-Werksdirektor — v. Winterheim heißt der Brave — fort:

„Erinnert Euch, daß eure Arbeit dem nationalen Werke der Vermehrung und Erhaltung der deutschen Kriegsflootte dient, daß unter euren Händen die stolzen Schiffe entstehen, welche die Macht und das Ansehen des deutschen Vaterlandes im Auslande zu vertreten haben, daß Ihr in Lohn und Brot des Deutschen Reiches steht. Ich vertraue eurer vernünftigen Überzeugung, daß euer Standpunkt nur auf Seiten der Reichsregierung sein kann und daß Ihr nichts gemein habt mit jenen vaterlandslosen Gesellen, den Anhängern der internationalen Sozialdemokratie. Noch vor wenigen Tagen weihte Seine Majestät der Kaiser in eurer Mitte und hat euren Leistungen seine allerhöchste Anerkennung zu teil werden lassen. Mit derselben patriotischen Gesinnung, mit der Ihr ihm euer jubelndes Hurra als Abschiedsgruß zugerufen habt, möget Ihr auch an die Wahlurne treten und

als deutsche Arbeiter treu und fest zu Kaiser und Reich stehen. Also! Keinem Reichsfeind eure Stimme.“

So der erste Befehl.

Der zweite, zur Stichwahl, ist vom 21. Juni datiert.

In diesem heißt es:

Die Sozialdemokratie strebt den Umsturz der von Gott (H) eingelegten Weltordnung, die Vernichtung der Familie, des Staates und des Vaterlandes an; sie leugnet Glauben und Religion und will die Monarchie stürzen. . . . Wer noch einen Funken von Liebe für sein deutsches Vaterland hat, wer in Treue zu Kaiser und Reich steht, der trete mannhaft am 24. d. Mts. an die Wahlurne und gebe seine Stimme dem staatsfeindlichen Kandidaten Dazig, dem treuen Bürger dieser Stadt. Be-rechtigte Forderungen und Wünsche der Arbeiter wird die Regierung mit solchen Männern von Ueberzeugung und patriotischer Gesinnung beraten und zum Wohle der Arbeiter und des gesamten deutschen Vaterlandes berücksichtigen.

Unterschrift: Der Ober-Werksdirektor.

von Winterheim.“

Der Ober-Werksdirektor hat ganz unbefugter und ungehöriger Weise, wie aus den mitgetheilten Proben ersichtlich, die Wähler zu gunsten eines bestimmten Kandidaten zu beeinflussen gesucht. Diese Ungehörigkeit dürfte eingehend die Wahlprüfungs-Kommission beschäftigen. Ob es Herrn Dazig, dem „treuen Bürger dieser Stadt“, angenehm sein wird, durch deren Reichen Speichsprühen zu laufen?

Ueber die Reichstagswahlen in Sachsen

Schreibt das „Sächsische Volksblatt“: Gültige Stimmen wurden bei der Hauptwahl am 16. Juni 604 821 gezählt, am 15. Juni 1898 aber nur 592 495, es ist das ein Mehr von 12 326 Stimmen zu verzeichnen. Diese 604 821 Stimmen vertheilen sich nun auf die Kandidaten der verschiedenen Parteien in folgender Stärke:

	1893:	1898:
Sozialdemokraten	270 654	299 188 + 28 534
Konservative	147 772	133 843 - 13 929
Nationalliberal	44 693	60 876 + 16 243
Antisemiten	98 285	90 055 - 8 230
Freisinnige	30 203	15 410 - 14 793
National-Soziale	—	2 839 —
Zentrum	518	1 756 + 1 238
Verstärkt:	—	834 —

Das Stärkeverhältnis der Parteien läßt sich nur bei den Sozialdemokraten, Freisinnigen, Zentrum und National-Sozialen genau feststellen, bei den anderen Parteien, die dem Sammelaufruf der Firma Wiquel-Podowski Folge geleistet und bei den Wahlen ein Kampagniegeschäft geschlossen haben, ist dies nicht möglich. Wir haben deshalb die auf die einzelnen Wählermassen-Kandidaten gestellten Stimmen derjenigen Partei zugezählt, zu welcher sich der Kandidat anknüpfen konnte. 1893 vereinigten die bürgerlichen Parteien 821 411 Stimmen auf sich, während die Sozialdemokraten nur 270 654 Stimmen aufbrachten, sonach mit 550 757 Stimmen dem Gegner noch zurückblieben. Bei der diesmaligen Wahl jedoch stieg die sozialdemokratische Stimmenzahl auf 299 188, das macht ein Mehr von 28 534 gegenüber der vorherigen Wahl; die Gegner aber gingen auf 804 799 Stimmen zurück, sie verloren gegenüber der 1893 Wahl nicht weniger als 16 612 Stimmen. Demnach ist auch der Vorsprung, den die bürgerlichen Parteien vor den Sozialdemokraten hatten, ganz bedeutend zurückgegangen, denn während er 1893 noch 50 757 betrug, ist er 1898 auf 5611 herabgesunken. Das sächsische Volk hat sich sonach für die Sozialdemokratie und gegen die Reaktionsäre entschieden. Es hat Gericht gehalten über die Wahlrechtsverfälscher.

Die Stichwahlen in Bayern

Sind erst heute, zum Theil erst am Montag. Die Ergebnisse der Hauptwahl berechnen zu den besten Hoffnungen für unsere Kandidaten; jedenfalls macht sich in Bayern ein starker Zug nach links bemerkbar. Hat doch das Zentrum um mehr denn 80 000 Stimmen, die Nationalliberalen um 28 000 abgenommen. Zugunommen hat nur der Bauernbund, der im Jahre 1893 72 000 Stimmen auf seine Kandidaten vereinigte, während er diesmal 130 000 Stimmen erhielt; zugunommen haben außerdem nur noch die Sozialdemokraten, die von 125 000 auf 137 000 Stimmen stiegen.

In diesem Ergebnis bemerkt die „Münchener Post“: Das Zentrum, das sich diesmal ganz besonders ansehnlich, das mit allen erlaubten und unerlaubten Mitteln vorging, das mit kirchlichem und weltlichem Zwang und einem bisher selbst in Bayern nie dagewesenen Terrorismus „arbeitete“, hat im ganzen eine immerhin empfindliche Stimmeneinbuße erlitten. In großen Wahlkreisen, wie sie von einzelnen ultramontanen Organen losgelassen worden, ist also auch nicht der geringste Anlaß vorhanden.

Der Bauernbund, der trotz seines gewaltigen Stimmenzuwachses in bezug auf Gewinnung von Mandaten schlecht abgeschnitten hat, dankt diesen praktischen Mißerfolg im wesentlichen seiner mangelhaften Organisation. Immerhin hat er einen bedeutenden moralischen Erfolg aufzuweisen, der sich namentlich bei den nächsten Landtagswahlen dem Zentrum empfindlich bemerkbar machen dürfte.

Wobei nicht zu vergessen ist, daß die Verdrängung des Zentrums mit dem verhassten Nationalliberalismus vornehmlich den Bauernbündlern einen guten Agitationsstoff in die Hand giebt.

Der Wahlschick in Württemberg

hat die Erwartungen, die wir auf ihn setzten, vollständig erfüllt und den 16. Juni 1898 in der That zu einem erfreulichen Ernsttag für die Genossen gemacht, reichlich die Arbeit und Opferwilligkeit belohnend, welche seit Jahren in nie erlassendem Eifer gebracht wurden. Die Sozialdemokratie hat den stärksten Stimmenzuwachs zu verzeichnen, sie stieg von ca. 42 000 auf rund 62 000 Stimmen, eroberte auf den ersten Platz ganz eigener Kraft das Mandat der „guten“ Stadt Stuttgart, brachte in Cannstatt, Heilbronn und Göttingen die Volkspartei ins Hintertreffen und hat hier in der Stichwahl mit dem national-liberal-konservativ-bauernbündlerischen Wählermassen um das Mandat zu kämpfen. In Göttingen erhielt unser Genosse Schlegel genau so viel (649) Stimmen wie der Volksparteiler Brodbeck, das Loos entschied nun am Montag, daß die Volkspartei in der Stichwahl mit dem Wählermassen um das Mandat zu ringen hat. Das Gesamt-ergebnis zeigte sonach am 16. Juni, daß im 1. Wahlkreis der Sozialdemokrat Aloß, im 2. konservativ gefärbte M.—Kreuz Schrempf, im 3., 16. und 17. die Zentrumsleute Hoffmann, Gröber, Braun und Rembold gewählt waren; im 2., 8. und 10. Wahlkreis hat die Sozialdemokratie, im 4., 5., 6., 8., 11., 12. und 14. die Volkspartei mit dem Wählermassen und im 9. mit dem Zentrum um das Mandat zu ringen. Da die Sozialdemokratie alles anbietet, um zu verhindern, daß auch nur noch ein Mandat in die Hände der reaktionären Koalition fallen wird, geben die Stichwahlen wieder eine neue Probe davon, ob in der Volkspartei der demokratische oder der anti-sozialdemokratische Flügel die Mehrheit bildet. Neben dem rapiden Rückgang der Volkspartei, deren Stimmenzahl seit 1893 von ca. 101 000 auf 75 000 Stimmen sank und so die Führer Payer, Haukman und Schnaidt zwingt, ihre „fächer“ geglaubten Siege in der Stichwahl zu vertheidigen, wird von allen Seiten der grobkörnige Vorrath der Sozialdemokratie als das hervorsteckendste Merkmal der Wahl anerkannt. Außer in den Stichwahlbezirken haben wir im 5., 6., 7. und 9. Wahlkreis große Fortschritte zu verzeichnen; im 6. stieg die Zahl unserer Stimmen von 460 auf 2500, im 9. von 1480 auf 4040, so daß wir den ungeheuren Gefammtfortschritt machten, trotz dem 3. v. M. im 8. Wahlkreis, wo der kleine Stamm Mauser kandidierte, im 12., 15., 16. und 17. Wahlkreis kleine Rückgänge zu konstatieren sind. Bemerkenswerth ist noch, daß wir trotz des Mangels eines Agrarprogramms große Fortschritte auf dem Lande machten. — Was die Aussichten der Stichwahlen anbelangt, so ist schwer eine Prognose zu stellen, da die Haltung der Nachläufer der Volkspartei ganz unüberschaubar ist; die Führer gehen sich fast eine offene Parole auszugeben, weil sie selbst der Angst ihrer Genossen vor dem roten Lappen nicht trauen. Im 3. Wahlkreis (Heilbronn), wo unserem Genossen Kitzler der Verdrängte Herr Hegelmaier gegenüber-

steht, hoffen wir auf einen bestimmten Sieg, weil wir an dem gesunden Sinne des Volkes verzweifeln müßten, wenn es einen Mann mit dem höchsten Vertrauen beehrte, der wie der Kandidat Hegelmaier als Oberbürgermeister 8 Tage vor der Wahl an die Kreisregierung den Antrag stellte, es möge sein Gegenkandidat Kitzler seines Amtes als Gemeinderath entsetzt werden, da er als vaterlandsloser, auf dem Umsturz der Staatsordnung hinarbeitender Sozialist im Land herumziehe und gegen den großen Patriot agitiere. Sehr günstig sind auch unsere Chancen im 10. Kreis und wenn die Demokraten ein wenig ihr eigenes politisches Interesse erfassen, wird auch unser alter Zauberer seinen Einzug im Reichstag halten. —

Reichsländische Wahlpraktiken.

Aus Magd.-Pothringen wird uns geschrieben: Es ist in der That nicht zu verwundern, daß unsere Partei bei den jüngsten Wahlen da und dort im Lande an Stimmen einbüßte, wenn man erfährt, mit welchen Mitteln von Seiten unserer Gegner „agitiert“ wurde. Im Wahlkreis Saargemünd-Forbach, wo die sozialdemokratische Partei eine Einbuße von ca. 1500 Stimmen zu verzeichnen hat, reiste der Vizepräsident des Landesausschusses, Herr Jaunetz, mit dem gubernemental-kerischen Salzverle-Direktor des Schmidt, von Dorf zu Dorf, überall für den Fall der Wahl desselben Wahren, Haltestellen, neue Wege zc. versprechend, gerade wie die Leute es haben wollten. Dabei wurde spendirt, soviel verzehrt werden konnte, und zum Schluß noch ein 20 Markstück auf den Tisch geworfen zum Vertrinken. Am Wahltag schwamm alles in Bier und überall wurde erzählt, wenn Schmidt gewählt sei, würden im Kreis noch 10 000 Mark zum Viertelmark gegeben. Jaunetz hat, nach einer Mitteilung unseres reichsländischen Partei-Organes, offen gesagt, er mache sich nichts daraus, wenn die Wahl ihn auch 100 000 M. koste. Er zahlte am Wahltag jedem seiner Arbeiter, der wählen ging, 2 M. Biergeld und sagte dabei: „Ich wähle Schmidt, Du wirst wohl auch wissen, wen Du zu wählen hast.“ In den letzten Tagen wurde überall, wohin der sozialistische Kandidat Emmel kam, das Verlangen an ihn gestellt, auch etwas zum Besten zu geben, sonst werde er wenig Stimmen erhalten. Aus Buchdorf erhielt E. einen Brief, in welchem er aufgefordert wurde, eine Wille Zigarren und ein Quantum Zigarren hinzuschicken, das werde für die Wahl sehr förderlich sein. Er gab natürlich keine Antwort. Resultat: Schmidt 44, Emmel 0 Stimmen.

Partei-Nachrichten.

Politikalisches, Gerichtliches zc.

— Der Altenburger „Wähler“ hatte ein Eingekandt veröffentlicht, das äußerst grobveränderte Angaben über die Behandlung von Reservisten der 7. Kompanie des Infanterie-Regiments Nr. 133 enthielt, die zu einer 14-tägigen Liebung einberufen waren. Wegen dieses Eingekandts bekam der verantwortliche Redakteur Kuhn eine Vorladung vor das Militärgericht, um als Zeuge vernommen zu werden. Unser Genosse hat es aber abgelehnt, sich als Zeuge vernehmen zu lassen, weil er über die Sache selbst, um die es sich bei dem Eingekandt handelt, aus eigener Wahrnehmung natürlich nichts mittheilen kann, und weil er, was die Meinung seiner Gewährsmänner betrifft, es vorzieht, sich von der Militärbehörde vor dem Zivilrichter verklagen zu lassen.

— Durch eine Rede in einer Stadtverordneten-Wählerversammlung in Kassel sollte der Redakteur des „Volksblattes für Hessen“, Genosse Thiel, die Polizei und speziell den Polizeipräsidenten von Kassel beleidigt haben. Das Schöffengericht sprach ihn kostenlos frei.

Die Gewerbegerichtswahlen

finden im September dieses Jahres statt. Wer jedoch wählen will, ist verpflichtet, sich bis spätestens den 30. d. Mts. in einem der unten bezeichneten Lokale zu melden, da nur auf Grund dieser Meldungen die Wählerlisten aufgestellt werden. Heute ist also der letzte Sonntag, an dem Meldungen von 12 bis 3 Uhr entgegengenommen werden, und möge es kein Arbeiter veräumen, von dem Wahlrecht zum Gewerbegericht Gebrauch zu machen.

Unsere Leser wissen ja, daß die bestehenden Gewerbegerichte in keiner Weise den an sie zu stellenden Anforderungen genügen und daß unsere Reichstagsfraktion verschiedentlich — freilich bisher vergeblich — Anträge auf Verbesserung der Gewerbegerichts-Gesetze gestellt hat. Insbesondere ist es ein großer Fehler des Gesetzes, daß das Wahlrecht erst vom vollendeten 25. Lebensjahre ausgedehnt werden darf, während doch die Rachkommenheit der Arbeiterbevölkerung schon in ganz jungen Jahren ins Erwerbsleben hineingeführt wird. Vor allen Dingen ist es aber zu beklagen und zu bekämpfen, daß die weibliche Arbeiterbevölkerung überhaupt nicht wahlberechtigt ist, welche Bestimmung beim Gewerbegerichts-Gesetz auch nicht den Schein einer Verdrängung hat, da die Frauen heute ebenso im industriellen Erwerbsleben stehen, wie die Männer.

Nach diesen Richtungen hin muß das Gewerbegerichts-Gesetz durch die parlamentarische Arbeit unserer Genossen im Reichstag verbessert werden. Aber die jetzt dem Gewerbegerichtswesen noch anhaftenden Mängel dürfen uns nicht veranlassen, das schon jetzt vorhandene, allerdings ungenügende Wahlrecht etwa nicht zu be-mühen.

Immerhin sind die Gewerbegerichte auch schon in ihrer gegenwärtigen Verfassung eine den Arbeitern nützliche Einrichtung, da sie dazu berufen sind, in allen gewerblichen Streitigkeiten der Arbeiter mit den Unternehmern schnelles und billiges Recht zu schaffen. Die Arbeiter haben das Recht, Reklamer aus ihren Reihen zu erwählen, die in Gemeinschaft mit dem Vorstehen der Rechtsprechung ausüben. Und wer nun will, daß ihm von Seinesgleichen sein Recht gesprochen werde, oder doch, daß Arbeiter, die mit ihm zu fühlen und zu denken verstehen, bei der Urtheilssprechung mitwirken, der darf den jetzigen Termin nicht veräumen, um später im Herbst sein Wahlrecht ausüben zu können.

Besonders auch darin noch sind die Gewerbegerichte von großer Wichtigkeit für die Arbeiterbevölkerung, daß sie die Aufgabe haben, als Einigungsämter bei Streiks zu fungieren und eine vermittelnde Thätigkeit zwischen Unternehmern und Arbeitern auszuüben. Unsere Leser wissen ja aus so manchem Fall, daß es, wenn das Einigungsamt erprießlich wirken soll, vor allem darauf ankommt, wer im Einigungsamt als Reklamer fungiert! Es müssen Leute sein, die das Arbeiterleben von Grund aus kennen, die mit dem Arbeiter fühlen, die seine Bestrebungen gerecht und nicht von Vorurtheilen befangen betrachten. Nur wenn solche Leute im Einigungsamt sitzen, kann diese Institution segensreich für die Arbeiterbevölkerung wirken. Und aus diesem Grunde ist es ganz besonders wünschenswert, daß sich unsere Genossen zahlreich an den Gewerbegerichtswahlen betheiligen, damit aus unseren Reihen alle Arbeiterbeiziger und möglichst auch noch eine Anzahl der Unternehmerrbeiziger hervorgehen.

Für die Wichtigkeit der Gewerbegerichte spricht auch endlich noch, daß sie berufen sind, auf Erfordern der Staats- oder Kommunalbehörden Gutachten über gewerbliche Fragen abzugeben, und es ist klar, daß es auch unter diesem Gesichtspunkt von Wichtigkeit ist (denn aus dem Gutachten können wichtige Gesetze hervorgehen), daß unsere Genossen zahlreich in den Gewerbegerichten vertreten sind.

Also: Auf zu den Gewerbegerichts-Wahlen! Und veräume niemand die nötige Anmeldung!

Die Anmeldungen finden statt bis zum 30. Juni, und zwar an den Wochentagen von 5 bis 8 Uhr abends, am heutigen Sonntag von 12 bis 3 Uhr nachmittags in den nachstehend genannten Anmeldestellen:

1. im Wahlbureau, Poststr. 16, 2 Treppen;
2. in der Turnhalle der 131/100. Gemeindefchule, Tempelhofes Ufer 2;
3. in der Turnhalle der 62. Gemeindefchule, Schmidstr. 38;

4. in der Turnhalle der 115./170. Gemeindefchule, Staliger-
straße 55-56;
5. in der Turnhalle der 23. Gemeindefchule, Straußbergerstr. 9;
6. in der Turnhalle der 8./68. Gemeindefchule, Gipsstr. 23a;
7. in der Turnhalle der 15. Gemeindefchule, Kastanien-Allee 82;
8. in der Turnhalle der 118. Gemeindefchule, Panstr. 8;
9. in der Turnhalle der 113./128. Gemeindefchule, Thurmstr. 88.
Als Ausweis genügen für den Arbeitgeber die Ver-
scheinung über die erfolgte Anmeldung des Gewerbebetriebes oder
die letzte Quittung über Zahlung der Gewerbesteuer; für den
Arbeitnehmer ein Zeugnis seines Arbeitgebers oder der
Polizeibehörde, sowie Steuerquittungen zc., daß er seit mindestens
einem Jahre innerhalb des Gemeindebezirks wohnt oder in
Arbeit steht.
Formulare zur schriftlichen Anmeldung für Arbeitnehmer und
Arbeitgeber können im Gewerkschaftsbureau, Berlin S., Annenstr. 16,
v. 1. bis 3. in der Zeit von 9-1 Uhr und von 6-8 Uhr in Empfang
genommen werden.

Gerichts-Beitrag.

Die Affäre Volkman. Die am 29. d. M. vor der 1. Strafkammer
des Landgerichts I anstehende erneute Verhandlung gegen den Schuttmann
Volkman, der beschuldigt ist, ein junges Mädchen widerrechtlich
sittlich und auf dem Wege zum Ehegatten in den Zuhälterstand zu
bringen, wurde wieder einen großen Umfang an-
nehmen. Obwohl das betreffende junge Mädchen bei der ersten
Verhandlung den Angeklagten mit voller Bestimmtheit als den Täter
widerzuerkennen erklärte, hielt der Gerichtshof damals bei der Eigen-
artigkeit des Falles doch noch eine weitere Verweigerung für ge-
boten. Neuerdings soll es dem Angeklagten gelungen sein, den
Drohkensfächer zu ermitteln, in dessen Drohkäse die Frauensperson
gesunken war, die er zu derselben Zeit, als der jetzt zur Anklage
stehende Vorfall sich ereignet haben soll, verfolgt haben will. Auch
eine Madlerin, die ihn bei dieser Verfolgung beobachtet hat, ist zum
20. als Zeugin vorgeladen.

Als lässliche Stütze. Mit gerade bestialischer Bos-
heit und Gemeinheit hat nach den eigenen Worten des
Gerichtes die Witwensfrau Marie Tey in Lüdwig an ihrer
Schwiegermutter gehandelt. Die Strafkammer beim Amtsgerichte in
Neustettin hat Marie Tey am 30. April wegen lebensgefährlicher
Körperverletzung zu fünf Jahren Gefängnis verurteilt. Die An-
geklagte hat ihre Schwiegermutter 1/4 Jahre hindurch derart miß-
handelt, daß die alte Frau den Tod einem solchen Leben vorzog
und sich erhängte. Die alte Frau Tey hatte ihre Witwenschaft ihrem
Sohne übergeben, da ihr die Bewirtschaftung des Grundstückes zu
beschränkt war. Die Angeklagte führte dann das Hausregiment,
verlangte aber von ihrer Schwiegermutter die schwersten und un-
appetitlichsten Arbeiten. Wurden dieselben nicht nach Wunsch
ausgeführt, so erhielt die alte Frau Schläge mit Knüttel
oder Faust. Auch durch unzureichende Kost und Kleidung
schädigte die Angeklagte ihre Schwiegermutter an der Gesundheit.
Als die letztere sich erhängt hatte, wurde die Leiche ärztlich unter-
sucht, wobei es sich zeigte, daß die Unglückliche kurz vor ihrem Tode
eine Menge unerhörter Mißhandlungen offenbar mit gefährlichen
Werkzeugen erlitten hatte. — Die Angeklagte hatte gegen das Urteil
Revision eingelegt, welche vor dem Reichsgerichte zur Verhand-
lung kam. Ihre Einwendungen erwiesen sich als unbegründet, und
das Reichsgericht erkannte deshalb auf Verwerfung des Rechts-
mittels.

Die letzte Schwurgerichts-Tagung vor den Ferien wird am
Landgericht I am Montag unter Vorsitz des Landgerichtsdirektors
Böhle beginnen. Die Sache des Oberfaktors a. D. Grün-
thal wird in dieser Tagung nicht mehr zur Erledigung kommen,
sondern erst nach den Ferien verhandelt werden.

Ein Bild grenzenloser sittlicher Verkommenheit entrollte
eine gestern vor der 2. Strafkammer verhandelte Anklage gegen den
Gärtner Adolf Bänig und den Tischlergehilfen Adolf Vogel.
Beide noch jugendliche, arbeitsfähige Menschen, waren einer ganzen
Reihe von Verbrechen und Vergehen wider die Sittlichkeit beschuldig-
t. Mehrere kleine Mädchen sind den verkommenen Menschen zum Opfer
gefallen. Gegen Vogel lag auch noch das Verbrechen der Mui-
schande vor, welches er gegen die eigene Schwester verübt hat. Der
Staatsanwalt beantragte gegen Bänig vier Jahre, gegen
Vogel acht Jahre Zuchthaus, der Gerichtshof erkannte auf
drei Jahre bezw. zwei Jahre drei Monate Zuchthaus.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

Die hiesigen Bäckergehilfen sollen von den Innungsmeistern
zu einer Infamie gegen ihre auswärtigen Kollegen in Hamburg
benutzt werden.

Die Innung „Konfordia“ hat an ihre Mitglieder das folgende
Zirkular verfaßt:

Kollegen! Der Streik ist in Hamburg ausgebrochen;
Hamburg ist als Provokation auszuweisen; glückt es der Gesellschaft,
ihre Forderungen dort durchzusetzen so ist Berlin an der Reihe.
Die Forderungen, die gestellt werden, sind undurchführbar.
Wir bitten Euch, unterhandelt mit Euren Leuten und
versucht sie zu bewegen, nach Hamburg zu reisen, Reisegeld
bekommen dieselben bei mir ausbezahlt. Neue Arbeits-
kräfte, die Ihr braucht, bekommt Ihr von unserem
Sprechbureau gesandt. Ich bitte diesen Schachzug, den
wir hiermit zu machen gedenken, geheim zu halten. Hier
auf unserer Herberge sind alle Gesellen von
den Agitatoren gestempelt, nicht nach Hamburg
zu gehen. Ich bitte, die Gesellen, die mit wollen, sofort zu
mir zu senden. Mit Gruß! Der Vorstand: C. Gemeinhardt.
Hoffentlich läßt sich kein Bäckergehilfe auf die ihm zugewiesene
Niedertracht ein. Wie erlangen die Phrase von der Undurchführbar-
keit der Forderungen, die beweist am besten der Umstand, daß
die Forderungen der Hamburger Ausständigen bereits vorgestern
von einer großen Anzahl Meistern bewilligt waren!

Achtung, Droschkentreiber! Wir ersuchen hiermit die Kollegen,
sich vollständig in die Wählerlisten zur Gewerbegehilfenwahl eintragen
zu lassen. Der Termin läuft am 30. Juni ab. Zur Legitimation
genügt bei den Droschkentreibern infolge eingetragener Erfindungen
der Fahrchein und als Beweis, bei welchem Arbeitgeber, die Fahr-
marken. Die Lokale, wo die Eintragungen erfolgen, sind im
„Vorwärts“ und in der „Allgem. Fahrzeitung“ bekannt gegeben.
Jeder jeder von unseren Kollegen seine Pflicht. Der Ver-
trauensmann: H. Schulz.

Achtung, Schuhmacher! Da am 20. September die Gewerbe-
gehilfen-Wahlen stattfinden, so ersuche ich die Kollegen, sich recht rege
hierzu zu beteiligen und dafür zu sorgen, daß sie sich rechtzeitig
eintragen lassen. Eintragungs-Formulare sind zu haben bei
H. Burg-hagen, Charlottenstr. 8, Hof II, und bei Hans Sah,
Marlgrafenstr. 102, wo auch jederzeit Auskunft gegeben wird. Als
Legitimation bitte Mietkontrakt oder polizeiliche Anmeldung mit-
zubringen. Die Agitationskommission. J. A. H. Burg-
hagen, Charlottenstr. 8.

Studienteure! Formulare zur Einzelmeldung in die Listen für die
Gewerbegehilfenwahl sind, außer bei dem unterzeichneten Vertrauens-
mann im Arbeitsnachweis bei Schünemann zu haben. Ersuche die
Kollegen sich rege an die Einzelmeldung zu beteiligen. Carl
Dachau, Charlottenburg, Schloßstr. 36.

Deutsches Reich.

In Velefang bei Velen stellten die Köpfe der Firma
Rudig u. Ko. die Arbeit ein. Sie verlangten von ihren Unter-

nehmern, daß diese dieselben Löhne zahlen, als zur Zeit in Velen
üblich ist. Die Firma lehnte diese Forderung ab. Jüngst ist fern-
gehalten. Arbeiterblätter werden im Abdruck gegeben.

Zum Streik der Hamburger Bäcker ist zu berichten, daß sich
die Situation zu gunsten der Streikenden infolge der heutigen Tages
als zu den 110 geregelten Bäckereien im Laufe des heutigen Tages
11 neue Bewilligungen hinzugeschlossen sind, so daß jetzt in
121 Bäckereien zu den neuen Bedingungen gearbeitet wird. Die
Bewegung steht mithin für die Streikenden außerst günstig. Die
einsichtsvollen Bäckermeister haben bereits eingesehen, daß das bisher
in ihrem Beruf noch bestehende patriarchalische Verhältnis in die
Zukunft nicht mehr hineinpaßt. Viele Meister haben übrigens
schon erklärt, sie würden gern bewilligen, jedoch müßten sie sich erst
von den Abmachungen — 1000 M. Konventionalstrafe — befreien.

Das Hamburger Gewerkschafts-Komitee beschloß
sich mit dem Bäckerstreik und sollte folgenden Beschluß: „Die heute
am 24. Juni bei Filmer tagende öffentliche Versammlung der Dele-
gierten des Hamburger Gewerkschafts-Komitees erklärt die Forderungen
der streikenden Bäcker für außerst befriedigend, als Minimum dessen,
was ein Arbeiter in Hamburg zum Lebensunterhalt gebraucht. Sie
steht in der vollständigen Ablehnung aller dieser Forderungen eine
brüste Herausforderung der Solidarität der Arbeiterschaft von
Hamburg und Umgegend. Die heute hier versammelten Ver-
treter der organisierten Arbeiterschaft erklären sich mit den Strei-
kenden solidarisch und versprechen, mit allen Kräften und Mitteln
dahin zu wirken, daß der Sieg der Bäckergehilfen ein vollständiger
werde. Sie fordern daher die Kartellkommission auf:

1. Sofort Sammlungen zur Unterstützung der Streikenden zu
veranstalten.
2. Sofort über alle Bäckereien, welche nicht bewilligt haben, den
Boikott zu verhängen.
3. Alle Brotbäcker, Brotträger zc., welche Brot aus bohlohtierten
Bäckereien beziehen, ebenfalls zu boikottieren.
4. Brotträgern, welche nur Brot aus geregelten Bäckereien be-
ziehen, ist eine Kontrollkarte auszustellen.
5. Sofern nicht bis Mittwoch, 29. d. M., in drei Viertel aller
Bäckereien die Forderungen der Gehilfen bewilligt sind, hat die
Streikleitung sofort Erhebungen über die Leistungsfähigkeit der ge-
regelten Bäckereien anzustellen und mit den Streikenden unter Zu-
hilfenahme derjenigen Brotträger, welche mit für die Forderungen
der Streikenden eingetreten sind, eine bezugsweise Brotversorgung
ins Leben zu rufen.
6. Zur schnelleren Einführung dieses Unternehmens empfiehlt
die Versammlung eine zeitweise Herabsetzung der Brotpreise.“

Aus Wismar wird uns geschrieben: In der in Nummer 144
unter Gewerkschaftlichem enthaltene Korrespondenz „Zum Wismar-
Bergarbeiter-Streik zc.“ muß es heißen: „Einige Sendungen sind
an Ernst Deutner, Konsum-Restaurant Schödelwitz, nicht an
Ernst Deutner zu richten.“

Die Zahl der gemahregelten Vergleiche, unter denen sich auch
eine Anzahl Knappschafts-Gehilfen, Arbeiterauskunft-Mitglieder zc. be-
finden, beträgt allein auf dem Ergebnisse-Steinsohlen-Verein
gegen 55, auf dem Bräudenberger Steinsohlen-Verein gegen 25.

**Im österreichischen Antheile des oberösterreichischen Kohlen-
bedarfs**, der Javorzno in Galizien, ist ein Bergarbeiter-
streik ausgebrochen. Es handelt sich um Lohnforderungen, die
zwar den Schülern, aber nicht den Hauern bewilligt worden sind.
Besitzer der beteiligten Gruben sind die Gebrüder Guttmann in
Wien. Der Streikort ist mit Militär, Infanterie und Kavallerie, be-
sezt, obwohl kein Anlaß hierzu vorliegt.

Unternehmer-Verbände.

Der Verband deutscher Steinseherinnungen hat am 13. Juni
in Dresden seinen V. Verbandstag abgehalten. Aus dem Bericht
des Verbandsvorstandes ist die Mitteilung von Interesse, daß die
Innungen in Magdeburg und Stettin aus dem Verbande
ausgeschieden sind, weil sie derselbe in den stattgefundenen Streiks
nicht genügend unterstützt hat. Aus demselben Grunde hat sich auch
die Innung in Hannover aufgelöst, obwohl hier nur allgemeine
Interessenslosigkeit als Grund angeführt wird. Demersenswerth ist hier-
bei, daß die in Rede stehenden Streiks von den betreffenden In-
nungen in raffinierter Weise angezettelt worden sind, um die Organi-
sation der Arbeiter zu sprengen. Diese negativen Erfolge
verfehlten denn auch nicht ihre Wirkung bei der Beratung
der Frage des Verhaltens der Innungen bei Streiks.
Die Herren sind mit einem Male merkwürdig friedfertig geworden.
Die meisten derselben, darunter auch der Verbandsvorsitzende, waren
der Meinung, man solle, ehe es zum Streik kommt, doch
lieber eine Einigung versuchen! (Wäre dieser Rath etwas früher
erteilt worden, so hätten sich die Herren Innungsmeister verschiedene
trübe Erfahrungen ersparen können!) Der Steinsehermeister
De Llo s. Berlin erklärte sogar, die meisten der bisher vorgelommenen
Streiks als gerechtfertigt.“

Hoffentlich geht die hier geäußerte Einsicht nicht schon bei der
nächsten Gelegenheit, wo es zu Differenzen über die Lohn- und
Arbeitsverhältnisse kommt, in die Brüche.

Soziales.

Ueber die oberösterreichische Fabrikinspektion entnehmen wir
dem letzten erschienenen Jahresbericht des Aufsichtsbeamten,
Gewerberatbes Cröpin zu Colmar, die folgenden allgemeinen Mit-
theilungen:

Im Berichtsjahre 1897 sind 1041 Revisionen vorgenommen
worden. In den besichtigten Betrieben waren 40 716 Arbeiter be-
schäftigt, und zwar 1967 jugendliche und 28 878 erwachsene männ-
liche, 2461 jugendliche und 18 395 erwachsene weibliche. Die in
den früheren Berichten gegebene Nachweisung über die Zahl der vor-
handenen Betriebe und die beschäftigten Arbeiter gab nie ein richtiges
Bild der tatsächlichen Verhältnisse. Aber auch die diesjährigen
Zahlen entsprechen lange nicht der Wirklichkeit. Der Beauftragte der
Steinbruchs-Genossenschaft hatte den Aufsichtsbeamten
ersucht, mit ihm mehrere Brüche gemeinsam zu revidieren. Die
Zwangsmittel der Berufs-genossenschaft sollen nicht nur in diesen Be-
trieben, sondern in fast allen nicht genügen, um die Betriebsleiter
zu einem vorchriftsmäßigen Abbau zu veranlassen. Die An-
drohung von Strafen und besonders von Betriebsbeinhalten wirkte
einigermaßen nach dem Guten hin. Zweimal war der Beamte
genötigt, bei der unteren Verwaltungsbehörde die Einstellung je
eines Betriebes zu beantragen. Auch erhielt er durch dieselbe Quelle
Mittheilung über das Aufbewahren von Dynamit in der
Schmiede eines Steinbruchs. Es wäre sehr zu wünschen,
wenn auch von anderen Berufs-genossenschaften derartige Mittheilungen
gemacht würden; denn bei der bedeutenden Zahl der zu revidierenden Be-
triebe im Bezirk und bei dem Zeitaufwand, den die einzelnen Revisionen
bei der heutigen Ausbildung der Schulgelehrten erfordern, können
die Besuche zu selten stattfinden, um auf die Abstellung
derartiger Uebertretungen genügend hinzu-
wirken.

Der Verkehr mit den Arbeitgebern hat sich nicht geändert.
Schwierigkeiten irgendwelcher Art sind nicht zu Tage getreten. Auf-
fallend ist es, daß die eigentlichen Fabrikleiter, die
Direktoren, der Nothwendigkeit der vorgeschlagenen Maßnahmen
häufig zustimmen, während die Fabrikbesitzer sich ab-
lehnd verhalten. Ungleich häufiger als in früheren Jahren
haben die Arbeiter die Vermittlung des Aufsichtsbeamten bei
Streitigkeiten aller Art nachgesucht.“

Was die Anstellung von weiblichen Aufsichtsbeamten betrifft,
so ist der Fabrikinspektor der Ansicht, daß zur Zeit hierzu noch
kein Grund vorliegt, weil der Mann als Aufsichtsbeamter auch in
sittlicher Beziehung ebenso Scharf gewahren könne wie die Frau,
wenn demselben das erforderliche Vertrauen geschenkt werde. Herr
Cröpin befindet sich hier im Gegensatz zu den Beschlüssen der Volks-
vertretungen von Baden und Hessen, die den sozialdemokratischen
Anträgen auf Anstellung von weiblichen Aufsichtsbeamten zugestimmt
haben, weil sie von der Ueberzeugung ausgingen, daß das von dem

oberösterreichischen Fabrikinspektor vorausgesetzte Vertrauen der weib-
lichen Arbeiter zu den männlichen Aufsichtsbeamten in den meisten
Fällen eben nicht vorhanden ist.

Der Krieg.

Die spanischen Kammern sind verlag, wahrscheinlich um ohne
Störung durch die Öffentlichkeit und durch parlamentarische Ver-
handlungen den Frieden anbahnen zu können. Zu dieser Ver-
mittlung veranlassen die folgenden Depeschen. Aus Madrid
wird gemeldet:

Die „Correspondencia de España“ nimmt Notiz von einem
Gerüchte über Friedensverhandlungen. Die Vereinigten Staaten
sollen den Besitz von Portorico als Kriegsentschädigung verlangen,
ferner die Unabhängigkeit Kuba's unter amerikanischem Protektorat,
eine Schiffstation auf den Philippinen und eine Kohlenstation auf
den Kanarischen Inseln.

Großes Aufsehen erregt es, daß beim Schluß der Cortes die
sittlichen Hochs auf den König und die Königin-Regentin unter-
blieben.

Aus Barcelona wird depeeschirt:

Die wirtschaftliche Gesellschaft beschloß, dringende Schritte bei
der Regierung zu gunsten des Friedens zu unternehmen; denn der
Krieg lähme den Hafenverkehr, zwingt die Fabriken zu feiern und
beraube die Arbeiter des Brotes.

Von spanischer Seite liegt über die Vorgänge auf Kuba
folgende Nachricht vor:

Eine amtliche Depesche des Generals Blanco meldet, 800 Ameri-
kaner hätten die Spanier bei den kubanischen Orten Siboney und
Cebilla angegriffen; die Spanier hätten 3 Tode und 3 Verwundete
gehabt. Die Amerikaner hätten darauf das Lager des Generals
Rubin angegriffen, seien aber zurückgeschlagen und hätten Munition
und Ausrüstungsgegenstände verloren. Von der Höhe von Agua-
dorea aus hätten 25 amerikanische Kanonenboote und zwei kleinere
Fahrzeuge Casilda beschossen, jedoch nur leichte Beschädigungen an-
gerichtet.

Von amerikanischer Seite wird hingegen gemeldet:

Eine vom Depeschentboot „Banda“ (auf der Höhe von Juragua)
eingetroffene Meldung vom 24. d. M. besagt, daß vier Trupps vom
1. Kavallerie-Regiment, vier Trupps vom 10. Kavallerie-Regiment
und acht Trupps irregulärer Kavallerie, genannt die „Mough
Riders“, zusammen nicht ganz 1000 Mann stark, 2000
Spanier angegriffen hätten in einem Dickicht, das fünf Meilen
von Santiago entfernt ist. Die Amerikaner hätten die Spanier in
die Stadt zurückgeworfen. Der Verlust der Amerikaner betrage
13 Tode und 50 Verwundete, sechs Offiziere inbegriffen.
10 derselben seien tödtlich verletzt. Zwölf gefallene Spanier
seien nach dem Gefecht im Gebüsch aufgefunden worden;
der Verlust der Spanier sei aber zweifellos größer. General
Young habe die Amerikaner geführt. Oberst Wood habe die
Operationen der amerikanischen irregulären Kavallerie geleitet.
Beide Theile hätten beinahe gleichzeitig angegriffen. Die Spanier
hätten, was die Zahl betreffe, das Uebergewicht gehabt, ebenso be-
züglich der Stellung, da sie aus dem Buschwerk hätten feuern
können. Nachdem sie durch Infanterie verstärkt worden, hätte die
amerikanische Kavallerie jetzt eine Stellung vor den Thoren Santiago's
besetzt. Fortwährend würden größere Truppenmassen vorgeschoben,
um den einstufigen Angriff auf die Stadt vorzubereiten.
2000 Kubaner unter Castillo hatten bei Guasimicu ein lebhaftes Ge-
fecht mit den Kubanern. Die Kubaner verloren 50 Mann, auch die
Spanier hatten beträchtliche Verluste. Die Kubaner nahmen zwei
Fänge mit Lebensmitteln.

Die das „Neuerliche Bureau“ aus Washington meldet, ist
es nicht wahr, daß Deutschland die Landung von
Marinetruppen auf Manila nachgesucht habe.
Es sind in dieser Hinsicht keine Vorbeurtheilungen zwischen
Deutschland oder einer anderen Macht gepflogen worden; die Er-
laubnis zur Landung von Soldaten ist also keiner Macht bewilligt
worden. Die Nachricht des „New-York Herald“ ist daher erfunden.
— Der Kabinetstath beriet heute über die Frage der Haltung
Deutschlands hinsichtlich der Philippinen. Man vernimmt aus
glaubwürdiger Quelle, das Staatssekretär Day Versicherungen
erhalten habe, die außer Zweifel lassen, daß Deutschland in
keiner Weise beabsichtige, in die Politik oder die
Pläne der Vereinigten Staaten sich einzumischen
und nach wie vor absolute Neutralität wahre. —

Ergebnisse der Stchwahlen.

Memel. Bischof Graf Waldersee (K.) 5251, Smalaks (D. L. Fr.)
6558 Stimmen. Die wenigen noch ausstehenden Bezirke können an
dem Ergebnis nichts ändern. Smalaks Wahl gesichert.
Labiau-Wehlau. v. Maffow (K.) 7550, Naase (S.) 5678.
Königsberg-Land. Graf Dönhoff (K.) 9596, Schnell (S.) 7252.
Deutsch-Crone. Lamp K. gewählt.
Gzarnikau-Colmar. Ernst Bg. gegen v. Colmar K. gewählt.
Thorn-Gulm. Grafmann K. gegen Gzarnikau K. gewählt.
Danzig-Land. Dörken K. gegen Bial K. gewählt.
Sangerhausen. Scherre K. gegen Simon S. gewählt.
Schwinge-Schmalakden. Endresultat: Christen K. 9072,
Sugo S. 6664.

Westprignitz. Stubbendorf K. gegen Schulz fr. Bp. gewählt.
Landenberg a. W. Schrader fr. Bg. gegen Bernide K.
gewählt.

Curia (Hannover). Dr. Kruse K. gegen Meher fr. Bp. gewählt.
Chlan-Strehlen. Rother K. gegen Wetkamp fr. Bp. gewählt.
Stolz-Lauenburg. Will K. gegen Wüstenberg Bg. gewählt.
Rosk. Strzfeld S. 11 236, Barth Bg. 10 892. Wenige kleine
Dörfer wählen, auf Endergebnis ohne Einfluß. Gewählt Herzfeld S.
Schwerin. Büßing K. 9751, Groth S. 8024. Büßing gewählt.
Güstrow. Trenenfeld K. gewählt.
Ludersburg. Ritter fr. Bp. gegen Neubarth K. gewählt.
Cinbek (Hannover). Harringhausen A. d. L. gegen Fischer S.
gewählt.

Meinburg (Hannover). v. d. Deden B. gegen Brandt K. ge-
wählt.

Erbach (Hessen). Hans K. gegen Rau S. gewählt.

Fischoppau-Marientberg. Endresultat: Rosenow S. 10 221,
Gerder K. 10 160.

Görlitz. Endresultat: Keller S. 18 504, Lüders fr. Bp. 17 843.
Dietz-Limbürg. Cohnshy J. gegen Haymann K. gewählt.

Weimar-Myosda. Raubert S. 10 888, Frhr. v. Egloffstein
S. d. 2. 9537. 20 Orte fehlen, ändern nichts am Resultat. Ge-
wählt Raubert.

Vahrenth. Richter K. gegen Krall S. gewählt.

Hof. Rind-Kerber K. gegen Schildlein S. gewählt.

Kaiserslautern. Köfide fraktionslos gegen Klement S. ge-
wählt.

Landau. Deinhard K. gewählt.

Germerheim. Gander K. gewählt.

Zweibrücken. Leineweber K. gewählt.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Bredlau, 25. Juni. (Privat-Depesche des „Vort.“) Einer der
verheißungsvollen Botaniker der Gegenwart, der Professor Herbi-
nand Cohn in Breslau, der erst kürzlich seinen 70. Geburtstag
feierte, ist heute am Herzschlag gestorben.

Leuberg, 25. Juni. (V. H.) Die Stadt Barzow ist theilweise
niedergebrannt. Aufsteigend liegt Brandstiftung vor; der Schaden
ist erheblich.

Kommunales.

Für die in der Märzdenkmal-Angelegenheit von der Stadt-Verordneten-Verammlung gegen den Magistrat beim Ober-Verwaltungsgericht angestrebte Klage steht am 9. Juli cr., vormittags 10 Uhr, Termin an.

Die Deputation für die städtischen Krankenhäuser und die öffentliche Gesundheitspflege wählte gestern unter Vorsitz des Stadtraths Paul den Dr. Hirsch zum Assistenzarzt für die innere Abtheilung des Krankenhauses Urban und die Doktoren Roettger und Thiel zu Assistenzärzten der inneren Abtheilung und Dr. Voss zum Assistenzarzt der inneren Abtheilung des Krankenhauses Friedrichshagen.

Der Bürgermeister Kirschner hat dem Stadtverordneten-Vorsteher Dr. Langerhans die Annahme seiner Wahl zum Oberbürgermeister von Berlin angezeigt.

Die Deputation für die städtischen Krankenhäuser und die öffentliche Gesundheitspflege hat sich für die Förderung des gegenständlichen Unternehmens der Rettungsgesellschaft ausgesprochen und dem Magistrat vorgeschlagen, einen Jahresbeitrag von 6000 M. aus städtischen Mitteln zu gewähren. Der Magistrat hat sich diesem Vorschlage angeschlossen und bei der Stadtverordneten-Verammlung beantragt, die Bewilligung des erwähnten Beitrages von 6000 M. für die Berliner Rettungsgesellschaft auch für das laufende Etatsjahr 1898/99 auszusprechen.

Kokales.

Aus Kulah des heute im Müggelschloßchen zu Friedrichshagen stattfindenden Volksfestes werden die Genossen auf die für Friedrichshagen und Umgebung bestehende Lokalität aufmerksam gemacht. Dieselbe ist folgende:

Friedrichshagen. Sämmtliche Lokale frei, außer Kraus, Kaiserhof, Friedrichstr. 71, und Franz Lerche, Friedrichstraße 81. Lokalkommissions-Mitglied: E. Merten, Friedrichshagen, Wilhelmstraße 64 b.

Grünau. G. Lindenbahn, Friedrichstr. 1 u. 2. Karolinenhof, Mandel's Wirthshaus. Lokalkommissions-Mitglied: Otto Engel, Grünau, Dahmeufer 6.

Köpenick. Sämmtliche Lokale frei bis auf Restauration Wive, Schulz, Müggelseimer- und Marienstrassen-Café. Rathshaus, Schloßplatz.

Neumühle. O. Weier, Restaurant zur Schenke. Zum Waldschloßchen, Inhaber H. Karlow. Lokalkommissions-Mitglied: F. Wättnier, Adlerhof, Hadenbergstr. 17.

Neu-Mahndorf. Kein Lokal frei.

Mahndorfer Mühle. Wive, Goldberg, Restaurant, Goldgrube, Müggelgarten.

Rauchfangwerder. Kein Lokal frei.

Die Lokalkommission. J. K.: Oskar Mahle.

Der Wahlverein des dritten Berliner Reichstags-Wahlkreises unternimmt heute einen Familien-Ausflug nach Grünau. Treffpunkt früh 10 Uhr im Lokal des Genossen Lindenbahn, Friedrichstraße 1-2. Um rege Theilnahme ersucht. Der Vorstand.

Arbeiter-Bildungsschule. Die in Naturerkenntnis (Dr. Vorchard) nachgehenden Stunden beginnen am Dienstag, den 28. Juni, Rede-Übung (Schiffst. H. Calwer) am Mittwoch, den 29. Juni, und Freitag, den 1. Juli. Nationalökonomie (Dr. Conr. Schmidt) Donnerstag, den 30. Juni, und Montag, den 4. Juli. Der Vorstand.

Die Kunst dem Volke. Die Berliner Arbeiterviertel — als welche insbesondere der Norden und der Osten bezeichnet zu werden pflegen — sind nicht nur arm in bezug auf die überwiegende Mehrzahl ihrer Bevölkerung, sondern auch arm an künstlerischen Gütern, an öffentlichen Kunstwerken. Es sind in der That arme Gegenden! Während die „besseren“ und „vornehmen“ Stadttheile vollgepfropft sind mit Denkmälern aller Art und mit Hiertwerken der Bildhauerkunst, kann man die Arbeiterviertel weit durchwandern, ehe man auf etwas derartiges stößt, und dann ist es besten Falles ein Kriegerdenkmal, das den Helden des Wandersers sich darstellt. Zwar hat man in anderer Weise eine größere Fürsorge für die Arbeiterviertel entfaltet: man hat alle irgendwie verwertbaren Plätze mit Kirchen besetzt; die „Ringer Gottes“, wie die Strichthürme genannt werden, ragen in recht stattlicher Anzahl in die Höhe, jedoch sind dies Bauwerke, an denen der größte Theil der Bevölkerung keine Freude hat, an denen er achsellos vorübergeht. Denn was wunderbar muß es doch erscheinen, daß die städtische Verwaltung sich endlich entschlossen hat, auch die Arbeiterviertel mit solchen Kunstwerken zu bedenken. Im Herzen des Ostens, auf dem Andreasplatz, soll bekanntlich ein monumentales Gartendenkmal errichtet werden, für welche der Stadtbaurath Wankenstein die Skizze entworfen hat. Als besonderer Schmuck werden derselben zwei plastische Gruppen: „Arbeiter und Sohn“ von W. Haberkamp und „Mutter und Kind“ v. E. Gomanski angefügt werden. Die Wahl dieser Gruppen läßt erkennen, daß auf den Charakter des Arbeiterviertels absichtlich Bedacht genommen worden ist, daß man einmal dem Häßlichen und Dürftigen der Arbeiterbevölkerung Rechnung tragen wollte. Beide Gruppen sind herausgegriffen aus dem eigentlichen Volksleben, aus dem Leben der wichtigsten Bevölkerung und werden sicher nicht verfehlen, den Kunstsinne der Arbeiter zu fesseln und zu wecken. Verhältnismäßig sie doch einerseits den Werth der Arbeit, den harten Verus des Arbeiters, und andererseits sein häusliches Familienleben. In dieser Umgebung werden die beiden Gruppen zur schönsten Geltung gelangen, hier ist der geeignete Ort für sie. Mag die Bevölkerung der „vornehmen“ Stadtviertel sich an dem Anblick der zahllosen Fürstendenkmäler begeistern und bewundern, die arbeitende Bevölkerung wendet sich anderen Kunstwerken zu. Es ist nicht zu leugnen, daß die städtische Verwaltung mit der Wahl dieser beiden Gruppen einen glücklichen Griff gethan hat, die dem Empfinden der arbeitenden Bevölkerung so ganz entsprechen und die dem Osten zur schönen Zierde gereichen werden. Es ist nur zu wünschen, daß die städtische Verwaltung auf dem eingeschlagenen Wege fortfahren und die Arbeiterviertel noch weiter mit derartigen Kunstwerken bedenken möge.

Die die arbeiterfeindlichen Vätermeister am Freitag für die Freisinnigen agitirten. Vor uns liegt folgendes Dokument, welches bezeichnend dafür ist, wie sehr Konervative und Freisinnige sich gestern als ein Herz und eine Seele fühlten:

Vertraulich! Werther Herr Kollege! Mit Schrecken haben wir die Wahlergebnisse der Sozialdemokratie vernommen. Jetzt heißt es: Selbstein jeder, wer helfen kann, den gefährlichsten aller Feinde der Selbstständigkeit, der alle bestehende Ordnung, Sitte und Autorität beseitigen will, in seinem Siegeslauf aufzuhalten. Durch die Vätermeisterverordnung haben Sie gewiß schon hinlänglich fühlen gelernt, was „Herrschaft der Sozialdemokratie“ bedeutet. Unser Obermeister Bernack ist nicht gewählt, es haben sich an Stelle dessen die Herren Robert Kreitzing und Dr. Langerhans bereit erklärt: unsere Forderungen weitgehendst erfüllt zu unterstücken, wie beifolgendes Flugblatt darthut. Lassen wir in dieser Stunde der Gefahr alle Neben- und Parteigedanken bei Seite. Unser Zentralverband wird in Zukunft über diese Angelegenheit wachen. Nehmen wir jetzt nicht alle Kraft zusammen, dann wehe der Selbstständigkeit, Ordnung und Autorität im eigenen Hause. Im Südwest-Verein wurde jüngst darüber berathen, wie wir uns

ine gewerbliche Organisation und Waffe gegen unsere Gegner schaffen können. — Mit sicherem Erfolge ist es uns möglich, das gedruckte Wort in alle Kreise und Wohnungen zu tragen und damit die Säumigen aufzurütteln, wenn wir beim Frühstück-Austragen jedem Austräger eine Anzahl Flugblätter in die Hand geben, um diese vor allen Wohnungsthüren, vom Keller bis 4 Treppen vertheilen zu lassen. Jede Gefahr um die Rundschau ist hier ausgeschlossen, indem dies von allen Vätermeistern zugleich geschieht. Außerdem arbeiten wir mit einer besseren Organisation, wie selbst die Sozialdemokraten; niemand weiß, wo die Blätter hergekommen sind! Ein gutes Wort zu den Austrägern und der gute Wille, in einigen Häusern die Voten zu kontrolliren, wären die einzigen Opfer für dieses große Mittel. Benutzen wir darum endlich den Weg der Selbsthilfe! Darauf auf, liebe Kollegen, helfe den Feind schlagen! Dies ist die dringende Mahnung und Bitte Eurer Obermeister J. Bernack, Gemeinhardt und Eures Kollegen Ferd. Gaede.

Wer noch daran gezweifelt hat, daß der Sieg der „Freisinnigen“ als Hinderniß einer friedlichen sozialen Entwicklung zu betrachten ist, durch die Zustimmung und Unterstützung, die ihre Kandidatur bei den vorstehenden und eigenthümlichen aller Arbeiterfeinde findet, ist der Beweis hierfür erbracht. Lieber die Gemeinheit des Gedankens, die darin liegt, daß man die eigenen Arbeitslosen, die man nach Aufhebung der verhassten Vätermeisterverordnung wieder bis aufs Blut ausfinden will, zu einer Agitation gegen diese Verordnung preßt, ist sein Wort weiter zu verlieren!

Der Mohr hat seine Schuldigkeit gethan, der Mohr kann gehen! Dieses schöne Dichterswort wissen die Freisinnigen ganz vorzüglich in die Praxis zu übersehen. In der Verammlung des Vereins „Walder“, wo die Wahlresultate bekanntgegeben wurden, mochten sich wohl auch einige Nichtfreisinnige eingefunden haben, um die Ergebnisse der Stichwahl so schnell wie möglich zu erfahren. Nun giebt es bei allen Völkern einen Brauch, den man Gastrecht nennt. Von uns Sozialdemokraten wird er stets in weithergigster Weise geübt. Aber die Herren Freisinnigen, die das gute deutsche Bürgerthum in vornehmster Art zu vertreten vorgeben, scheinen nicht einmal diesen einfachen Brauch des Gastrechtes zu kennen. Forderte doch der Vorsitzende des Vereins „Walder“ in seiner Verammlung alle Nichtmitglieder des Vereins mehrmals auf, schleunigst den Saal zu verlassen. Selbstverständlich wurde diese Unanständigkeit nicht befolgt. Aber so manchem der anwesenden Konservativen mag doch recht sonderbar um's Herz geworden sein, als er sammt dem Sozialdemokraten hinausgewiesen wurde, nachdem er kurz vorher den Herren Freisinnigen aus der Ratsche geholfen hatte. Nun werden wohl die Konservativen wissen, wie ihnen die Freisinnigen den Dank für die Rettung aus dem Verfinstern ins Nichts abstauben werden. Wenn sich die Herren Sozialdemokraten und Kompagnon nicht einmal schämen, das edelste der Menschenrechte, das man Gastrecht nennt, so unter die Füße zu treten, werden sie sich schon bedanken, ihren konservativ-antisemitischen Helfershelfern bei Gelegenheit bezugspringen.

Wie das Unternehmerrthum sein unbefränktes Koalitionsrecht ausübt. Uns wird berichtet: Der Tapeten-Ring, welcher hier vor etwa einem halben Jahre durch den Zusammenschluß der größten Tapetenfabrikanten und -Händler gegründet wurde, hat ungeachtet der Agitation der Hausbesitzer gegen denselben, bezug gegen die von ihm bewirkte Preiserhöhung für Tapeten und Wänden, an Ausbeutung gewonnen. In ganz Berlin haben sich auf eine Umfrage des Bundes der Berliner Grundbesitzer-Vereine bisher nur neun Fabrikanten resp. Händler gemeldet, die dem Ringe fern geblieben sind und für die alten Preise verkaufen. Gegen diese aber wollen die Ringfabrikanten nun mit aller Entschiedenheit vorgehen, um sie zu zwingen, ebenfalls dem Ringe beizutreten. Sie wollen sich mit den Lieferanten der Rohmaterialien in Verbindung setzen und auf diese einen Druck ausüben, daß sie den außerhalb des Ringes stehenden Fabrikanten kein Rohmaterial mehr abgeben. Vor der Hand haben die außerhalb des Ringes stehenden Fabrikanten zwar noch Material auf Lager. Ob sie jedoch dauernd dem Vorkauf werden widerstehen können, hängt davon ab, wie der Ring auf die Rohmaterial-Lieferanten einwirkt, und ob er selbst nicht an Festigkeit verliert. Ein geringes Entgegenkommen haben die vereinigten Fabrikanten und Händler übrigens den Hausbesitzern nach verschiedenen Verhandlungen zwar schon gezeigt, indem sie sich bereit erklärt haben, eine Preisreduktion vorzunehmen. Die Hausbesitzer sind jedoch mit dieser nicht zufrieden, da nur die Preise für die billigen Tapeten von 30 auf 15 Pf. und für die Wänden von 2,50 M. auf 1,50 M. pro Rolle herabgesetzt sind, während für alle besseren Tapeten die eingeführte Preiserhöhung bestehen geblieben ist.

In ganz auffälligen Veranstaltungen bemühte die Polizeibehörde die am Donnerstag Nachmittag vor sich gegangene Verdringung unseres Parteigenossen Karl Fischer. Als eine Abordnung des Wahlvereins einen Kranz ins Sterbehaus brachte, trat unseren Genossen in der Schleifischen Straße ein ziemlich starkes Polizeiaufgebot entgegen, dessen Anführer an den Kranzträger die Mittheilung richtete, daß er den Kranz mit der rothen Schleife wohl ins Haus hinein, nicht aber wieder heraustragen dürfe. Der Kranzträger sagte, daß die Weisung zu diesem wunderlichen Gebot vom Polizeipräsidenten ergangen sei. Erst als die Deputation erklärte, daß es in diesem besonderen Fall von vornherein gar nicht ihre Absicht gewesen sei, dem Kranz zu folgen, sondern daß man sich mit dem Kranz in eine Drohsche setzen wolle, beruhigte sich die Polizei, und ein Lieutenant gestattete nunmehr, daß der Kranz doch seinen ehrenden Zweck erfüllen dürfe. Voreinst überzeugte der Beamte sich aber davon, daß die Abordnung auch wirklich und wahrhaftig in einer Drohsche lag. Nun dem Wege zum Friedhofe waren Schaulente in beträchtlicher Zahl aufgestellt. Es bleibt ein Räthsel, zu welchem Zweck die ganze Polizeiveranstaltung getroffen war.

Den Blätterlesern zur Nachricht, daß der Lokalsperre wegen, die über Danke's Abgabe verhängt ist, die Dampferpartie am 3. Juli nach Neue Mühle hin stattfindet. Die Villeten behalten ihre Gültigkeit.

Die Kaufmannsrau Wiedemann aus der Poststr. 76, die vor acht Tagen bei dem Veruche, einen Brand in ihrem Bodenverfälsche zu löschen, über und über mit Brandwunden bedeckt wurde, ist an diesen im Krankenhaus gestorben.

Der Koppelschnecht Kalusi, der am Donnerstag Morgen in seiner Wohnung in der Marienstr. 7 seine Ehefrau mit dem Messer zu tödten versuchte und sich dann selbst mehrere Stiche und Schnitte beibrachte, ist im Krankenhaus seinen Verletzungen erlegen.

Herr Arzt, Weinmeisterstraße 12, theilt uns mit, daß seine Baarenvorräthe nicht unter dem Umwetter vom 22. Juni gelitten haben. Die betreffende auch von uns gebrachte Reporteranmeldung muß daher auf einem Irrthum beruhen.

Dem Liebespaar, das in einem Hotel auf Westend gemeinschaftlich in den Tod zu gehen versucht hat, und jetzt schwer verletzt im Charlottenburger Krankenhaus liegt, geht es den Umständen nach gut. An dem Aufkommen der beiden ist nicht mehr zu zweifeln.

Vom Schleifischen Bahnhof. Ein Leser schreibt uns: Seit Montag besteht auf dem Schleifischen Bahnhof eine umständliche Einrichtung. Bisher konnte man von der Haupttreppe aus nach jedem Bahnsteig ein- und ausgehen; jetzt aber muß man, wenn man die Bahnsteige C und D verlassen will, sich nach den hinteren Treppen einen Ausweg suchen. Besonders unangenehm werden von dieser

Neuerung solche Fahrgäste berührt, welche nach dem Seitenausgang den Bahnhof verlassen wollen. Man muß hier auf dem hinteren Treppengange 24 Stufen hinunterklettern, dann den kinsternen, schmalen Gang zwischen den Wartefallen entlang wieder 14 Stufen hinauf und darauf die Haupttreppe wieder hinunter an den Villetenverlaufsstellen vorbei, dann nochmals bei den Wartefallen den Gang entlang und nun erst gelangt man nach der Seite der Eisenbahn- und Mühlentstraße hin endlich ins Freie. Was will die Eisenbahnverwaltung mit solcher Neuerung bezwecken? Früher ging es doch selbst bei starkem Verkehr ganz gut, warum jetzt nicht mehr?

Die Sommerferien der Uraula beginnen am 18. Juli und erstrecken sich in diesem Jahre sowohl auf die Experimentier-Säle und naturkundlichen Sammlungen, als auch auf die im wissenschaftlichen Theater stattfindenden Aufführungen des Stückes: „Von Mutterhorn zur Jungfrau“.

Straßensperre. Die Straße an der Westseite des Kaiser Friedrich-Platzes von der Viskersstraße bis zur Eisenbahnstraße einschließlich des Kreuzbannes der letzteren wird behufs Umplanierung bis auf weiteres für Fahrwerke und Reiter gesperrt.

Feuerbericht. Durch Mißbrauch am Welter wurde die Wehr Freitag früh 1 Uhr nach der Bergmannstraße gerufen. Um 9 Uhr brannten Alte Schöndauerstraße 14 Kleidungsstücke und Wäsche in einer Bodenlammer. Nachmittags 5 Uhr ging am Ostbahnhof 1 eine Partie Gerinipel auf dem Hängelboden in Flammen auf. Gegen 6 Uhr erfolgte gleichzeitig Alarm nach Willibald- und Regisstraße 4 und Wingen-Allee 15/16. Im ersten Falle hatte sich Breklohen im Keller entzündet, im anderen Falle brannte ein freilegender Balken in der Dachlammer. Sonntags Nachmittags 6 Uhr hatte Groß-Görtschenstraße 28 alter Hausrath Feuer gefangen. Kurz darauf war Ede Köpnick- und Wusterhausenstraße eine große Verkehrsstodung eingetreten durch Zusammenstoß eines mit Hühnern beladenen Wagens. Die herbeigerufene Wehr beseitigte das Hinderniß.

Aus den Nachbarorten.

Die Lokalkommission von Zehlendorf ersucht die Parteigenossen, bei Ausflügen nach den westlichen Vororten ganz besonders das Lokal des Herrn Giese in Zehlendorf, Zeltowerte 23, zu berücksichtigen. Es ist dies der einzige Wirth, der sein Lokal der Arbeitererschaft zur Verfügung stellt.

Wie das Unternehmerrthum den Arbeitern ihr Wahlrecht zu verthümmern sucht. Aus Nummernburg berichtet man uns: In der Zuteilspinnerei zu Strala wurde den Arbeitern am Morgen des 10. Juni verkündigt, daß die Fabrik der Wahl wegen um 5 Uhr geschlossen wurde. Der größte Theil der Arbeiter wohnt aber so weit entfernt, daß von einer Einsammlung des Wahlrechts bei derartigen spätem Arbeitsloß keine Rede mehr sein konnte, und so ward denn eine Abordnung bei der Direktion dahin vorstellend, daß bereits um 3 Uhr Feierabend gemacht werde. Die Bitte war erfolglos. Nummer beschloß, die ob solcher Behandlung aufs höchste erregten Arbeiter, auf eigener Hand am drei Uhr Feierabend zu machen; die Direktion aber verweigerte die Herausgabe des Schlüssels zum Garderobenfaal und sandte nach kapitalistischem Brauche zur Polizei, als die Arbeiter sich auf dem Fabrikhofe ansammelten, um zu berathschlagen, wie aus der Gefangenschaft herauszukommen sei. Die Beamten scheinen jedoch verständig genug gewesen zu sein, um den Direktor auf das Unziemliche seiner Hart an Freiheitsberaubung grenzenden Handlungsweise aufmerksam zu machen; genug, der Schlüssel wurde den Arbeitern um vier Uhr schließlich doch ausgehändigt und so konnte innerlich mit genauer Noth der Wahlpflicht genügt werden. Wie es sich im Zeichen der Lohnlaberei von selber versteht, hatte die Arbeitererschaft für ihr pflichtbewusstes Handeln Opfer zu bringen; bereits am Sonntags sind mehrere Leute, die jahrelang in der Zuteilspinnerei beschäftigt waren, entlassen worden — wegen zu langsamem Arbeitsens!

Der Bau einer hölzernen Spreckbrücke im Zuge des neuen Fürstendenkmalers Wegs auf Kosten der Firma Siemens u. Halske ist jetzt von Charlottenburger Magistrat genehmigt worden. Die Brücke soll bekanntlich zur Vermittelung des Verkehrs mit den neuen umfangreichen Fabrikanlagen der Firma am Rummensdamm an der Grenze zwischen Charlottenburg und Spandau dienen.

Die neue städtische Volk-Badeanstalt zu Charlottenburg soll am 1. Juli der öffentlichen Benutzung übergeben werden.

Die Mollia-Krankheit der Kirschbäume ist auch in diesem Frühjahr wieder in weiter Verbreitung aufgetreten und hat sich jetzt auch bereits im westlichen und südlichen Deutschland in Ansätzen oder schon weiter vorgeschritten gezeigt. Besonders sind in diesem Jahre, wie Geh. Rath Prof. Dr. Brant, der Leiter des Instituts für Pflanzenkrankheiten an der Landwirtschaftlichen Hochschule, mittheilt, auch Kirschen und Kirschbäume von dem Wile angegriffen worden. Das Wetter zur Winterzeit war in diesem Jahre durchaus normal und völlig frei von Frost, woraus erhellt, daß der Wile auch auf günstig einwirkenden Pflanzen seine Zerstörungen fortsetzt. Aus diesen Thatfachen ergibt sich die dringende Mahnung, überholt, namentlich in den bisher verschonten Gegenden, gegen die Krankheit auf der Hut zu sein und, wo sie sich in ihren Anfängen zeigt, rechtzeitig die nötigen Schritte zur Unterdrückung zu thun, das heißt die erkrankten Zweige abzuschneiden und die Früchte abzuspalen und zu verbrennen, ehe die Kulturen so stark verunstaltet werden, wie es in den östlich der Elbe gelegenen Provinzen leider der Fall ist, wo die Bekämpfung schon mit erheblichen Schwierigkeiten verbunden ist.

Ein Hochstaplerpaar wurde in Spandau verhaftet. Einem Fremden, der sich für den Schriftsteller Hintze aus Braunschweig ausgab und in dessen Begleitung sich ein etwa 20jähriges Mädchen befand, gelang es, durch sein vertrauenswürdiges Auftreten mehrere Bekannte nach und nach um größere Summen zu pressen. Der Schwindel gelang ihm um so leichter, als er stets eine Depesche aus Berlin vorzeigte, durch die ihm 500 Mark angewiesen worden seien. Diese Depesche hat der Schwindler erweislich niemals aufgegeben. Seine Begleiterin hat sich als die Tochter eines Schafmeisters aus der Gegend von Rostock, namens Ida Gernert, entpuppt. Der angebliche Schriftsteller soll verheirathet und Vater mehrerer Kinder sein.

Die Klage der Gemeinde Nixdorf gegen die Stadt Berlin auf Erstattung von Schulgeld an die Gemeinde für diejenigen Kinder, die Nixdorfer Schulen besuchen, während ihre Eltern in Berlin arbeiten, liegt, da Berlin die Ansprüche Nixdorfs abgewiesen hat, zur Zeit der ersten Instanz, dem Bezirksauschuss, zur Entscheidung vor, der sein Urtheil wohl erst in ein oder zwei Monaten fällen wird. In der sehr eingehenden Begründung wird betont, daß die Gemeinde durch das beständige Hin- und Herbringen der armeren Bevölkerung Berlins nach Nixdorf ohnehin schon sehr belastet werde und die Wohlfahrts-Einrichtungen Nixdorfs zum großen Theil von solchen weniger bemittelten Leuten in Anspruch genommen würden, die eigentlich zur Gemeinde Berlin gehörten. Die Zahl der Kinder berichtigten Leute, die zwar in Nixdorf wohnen, jedoch in Berlin ihrem Verne nachgingen, sei bereits auf 3084 gestiegen, und man könne von Nixdorf nicht verlangen, daß es eine solche Anzahl Kinder von Berliner Arbeitern erziehe.

Wetter-Prognose für Sonntag, 26. Juni 1898. Etwas kühler, zeitweise aufklarend, vorwiegend trübe mit Regenfällen und frischen südwestlichen Winden.

Berliner Wetterbureau.

Handwritten: 41 30000

Warenhaus A. Wertheim

Kleiderstoffe.

Madapolame, bedruckt Meter 50, 40, 28 Pf.	Reinseid. Foulards, bedruckt, Meter 1.50, 1.25 Mk., 95 Pf.
Bedruckter Piqué, hell und dunkel, Meter 65, 45 Pf.	Reinseid. Damassé, schwarz, Meter 2.60, 2.10 Mk.
Organdy, feines Gewebe, neue Muster, Meter 55 Pf.	Taffet écossais, moderne Farben, Meter 2.25 Mk.
Engl. Zephyr, elegante Muster, Meter 75, 45 Pf.	Taffet Bajadère, ca. 50 cm breit, Meter 2.75 Mk.

Batist-Taschentücher



mit ge-
stickt.
Buch-
staben,
Stück
36,
18
Pf.

Elsasser Renforcé

Stück=20 Mtr. 7 Mk., Linon 20 Mtr. 8 Mk.
Hemd-
tuch,
Stück=20 Meter 7.50 Mk.



Damenhüte,

Matrosenform, mit buntem Rande



75
Pf.

Weisser Binsenhut 1.15 Mk.

Strandhüte 1.10 Mk., 60 Pf.



Damenschleife

mit Bandeaux,
alle Farben
2, 1.50,
1.25 Mk.



Damenwesten 1.25, 1 Mk., 80 Pf.

Tüll-Echarpe 1.50, 1.30 Mk.



Strand-Mützen
für Herren, weiss
und blau 90, 50 Pf.

Bademäntel
bunt 5.50,
weiss 3.50, 2.90 Mk.

Bade-Anzüge
4.50, 3.50, 2.30,
1.85, 1.65, 1.35, 1.20 Mk.

Frotteierhandtücher
38, 70, 95 Pf.



Matrosenmützen,
Satin, für Knaben
und Mädchen 70 Pf.

Halbhandschuhe



Salonschuhe
für Damen, weiss
Gemsieder 2.50 Mk.



Zwirn, schwarz, weiss, farbig,
ca. 28 cm lang 25 Pf.,
ca. 25 cm lang
16 Pf.

Handschuhe, 17 Pf.

Handschuhe, 60 Pf.



Pantoffel
für Damen,
Saffianleder 1.40 Mk.

Knopfschuhe 3.75 Mk.

Schnürstiefel 8.25 Mk.

Musik-Album

mit 8 bis 12 Märschen, Tänzen,
Liedern, Ouvertüren, Potpourris
u. s. w. u. s. w.

Jedes Album 38 Pf.

Verzeichnis über 50 ver-
schiedene Albums kostenfrei.

Emile Zola,
Romane, Band 38 Pf.

Maupassant
Romane, Band 28 Pf.

Courirtaschen,



Leder mit
Lederfutter
1.90, 1.60,
90 Pf.



Touristentasche,
braun Segel-
leinen 1.80, 95 Pf.

Patent-Koffertasche,
braun Rindleder,
ca. 57 cm lang 26 Mk.

Reisekissen,

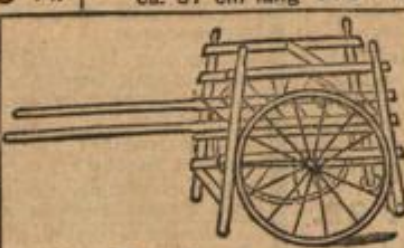
Selbe
1.25 Mk.
Satin
60 Pf.



Schlafdecken
5.25, 3.75,
3.50, 2.90, 1.75 Mk.



Regulator,
fourniert
Nussbaum-
Gehäuse mit
Schlagwerk,
14 Tage
gehend,
20, 17.50,
13.75 Mk.



Sportwagen,
Radhöhe 60 cm, mit
besonderen Schleiße-
rädern 7 Mk.

Remontoir- Uhren

Herrenuhr, Silber
10 Mk., Stahl 6 Mk.,
Nickel 5.50 Mk.,



Damen-
uhr, Silber
12 Mk.,
Stahl
6.50
Mk.



Damen-
Kostüm,
gemustert Batist
mit Bordüre, 6 Mk.

Reise-Mantel
mit Pelerine für Damen,
kariert, 7.50 Mk.

Piqué-Bluse,
gemustert, Sattel mit
Säumchen, 4.50 Mk.

Batist-
Bluse
mit weisser Piqué-
Blende, 2.50 Mk.

Alpacca-Jupon
5.25, 2.25 Mk.



Damen-
Kragen
und Manschetten zum
Aufknöpfen, 48 Pf.



Blusen-
Hemden,
gemustert Perkal,
verschied. Farben 2.50 Mk.



Damen-
Hemden,
Priesenform,
Renforcé
mit Spitze, 1.35 Mk.

Damen-Korsetts,
grau Dreil, 3.25, 2.25 Mk.

Tricotagen

für Herren, in 3 Grössen

Netz-Jacken, Maco 35, 40, 45 Pf.
Maco-Jacken, Qual. I 95, 1.05, 1.15 Mk.
Garnitur, Jacke 1.50, 1.60, 1.70 Mk.
lederfarbig / Beinkleid 1.70, 1.80, 1.90 Mk.



Korsettschoner

weiss und farbig 33, 15 Pf.

Picknickrolle,



fertig gestickt,
90 Pf.,
vorgezeichnet
42 Pf.

Tischläufer mit Hohlraum,
vorgezeichnet 1 Mk.

Bestecktaschen
für 12 Paar Messer und Gabel 1.35 Mk.

Segelschiffe für Kinder
45, 22, 8 Pf.

Hängematten 2.75, für
Kinder 1.35 Mk.

Eimer, Giesskanne
und Spaten für Kinder, zusammen 80 Pf.

Elektrische Klingel
zum Selbstanlegen, komplett 4.50 Mk.



Krimstecher,

achromatisch, mit 6 Gläsern,
Etui mit Riemen 6.25 Mk.

Brillen und Pincenez

mit besten Rathenower Gläsern
Nickellegierung Hartgummi 14kr. Doublé
1 Mk. 1.50 Mk. 6 Mk.



Eis- Schränke

42, 33 Mk.

ohne Butterkasten

41, 33, 24 Mk.

Gaze-Schränke
8.75, 7.50, 6.20 Mk.

Tischtuchklammern St. 10, 6 Pf.

Gurkenhobel 65, 48, 38 Pf.

Brotkörbe vernickelt, mit
Majolikaplatte 70 Pf.

Herren-Joppe,
aus grün oder braun
Loden-Stoff 5.50 Mk.



Radfahr-Anzug
aus grün meliertem
Loden-Stoff 13.75 Mk.

Knaben-Bluse,
gestreift, für ca. 2 bis 8
Jahre, 2.50, 2.25, 2,
1.75, 1.50, 1.25 Mk.

Haus-
joppe,
aus grünem Stoff
1.10 Mk.

Knaben-Beinkleid
blau Satin, für ca. 2 bis
8 Jahre, 1.60,
1.50, 1.40, 1.10 Mk.
1.30, 1.20,

Batist-
Kravatten,
im Karton, 6 Selbst-
binder 85 Pf. 35 Pf.
3 Schleifen



Wirtschafts- schürze

mit Latz 50 Pf.,
extra weit 90 Pf.



Tändelschürze

bedruckt, alle Farben 65 Pf.

Sonnenschirme,
weiss oder crème Köper
m. Spitze 5,
mit Einsatz 2.75 Mk.



Entoutcas,
Halbseide,
weiss oder
farbig 2.60 Mk.

Kurzwaren.

Strumpfhalter für Damen 60, 90, 110 Pf.
Seidenes Gummiband Mtr. 75, 90 Pf.
Korsettmechanik mit Lederüberzug 25 Pf.
Schweissblätter mit Gummi 20, 23, 28 Pf.

Brief-Kassette,

mit 20 farbigen Goldschnitt-
Karten und Couverts 48 Pf.



Frisier-
Lampe
mit Brenn-
scheere 30 Pf.



Schirm-Atrappe

„Originelle Neuheit“ als Crayon 95 Pf.

Paukenschläger

Kunstguss, mechan. Rauchservice 4 Mk.

Album von Berlin

mit 19 Ansichten, elegant gebd. 50 Pf.

Postkarten-Album

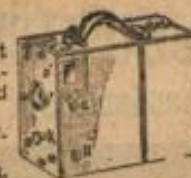
für 200 Karten, elegant gebd. 95 Pf.

10 Postkarten

mit farbig. Ansichten von Berlin 10 Pf.

Hand-Camera

9:12 für 12 Platten; mit
Objectiv, Zeit- u. Moment-
verschluss, Irisblende und
Verschlussregulierung.
Durch einen Druck Auf-
nahme- u. Plat-
tenwechselung. 40 Mk.



Trockenplatten

von höchster Empfindlichkeit, für Zeit- und
Moment-Aufnahmen

Grösse 6/9 9/12 9/18 12/16 13/18
Dtz. 0.75, 1.20, 1.75, 2, 2.30 Mk.

Bauern- Tische,

Eiche, antique und
grün 5.85 Mk.
4.50 Mk.



Eichene Spieltische, 10.75 Mk.
mit Metallfüssen

Congo-Möbel,
Tisch 2.90 Mk., Stuhl 2.90 Mk.

Feldstühle,
pollert 60 Pf., roh 45 Pf.

Reise-Seife
im Blech-Etui, Stück 20 Pf.

Achtung, Gewerbegerichtswahl!

In nachstehenden Lokalen können die Arbeiter Berlins sich formell zum Einzeichnen in die Wählerlisten für die Gewerbegerichtswahl bezeichnen:

Mörschel, Lindenstr. 35/36. Linke, Zimmerstr. 88. Preuß, Neue Friedrichstr. 20. Berner, Wilstr. 50. Schönheim, Gräffstr. 8. Müller, Gräffstr. 31. Riving, Velleallianenstr. 74a. Rubeil, Lindenstr. 106. B. Börner, Mitterstr. 15. Pönnig, Brandenburgstr. 54. Dorn, Spittelmarkt 1. Ede, Schellstr. Erbe, Eubrichstr. 25. T. Lissdorf, Gd. Lissstr. 58. Streit, Rammstr. 86. Heinrich, Rammstr. 78. Goltz, Grünauerstr. 8. Seidler, Rattiborstr. 16. Zabel, Frankfurter Allee 90. Scherer, Blumenstr. 38. Loß, Grüner Weg und Kopenstr. Ede. Rönig, Schilling- und Magazinstr. Ede. Neul, Barnimstr. 42. Schmidt, Louisenstr. 5. Wittchow, Al. Hamburgerstr. 27. Schappach, Marienburgerstr. 9. J. Pfarr, Rattiborstr. 10. Köhler, Galvinstr. 11. Kleinert, Müllerstr. 7b. Brömmann, Prinzenallee 21. Knoblich, Goldenerstr. 88. Klose, Gutmacher, Kankamerstr. 41. Augustin, Kankamerstr. 11. Blaurod,

Gipsstr. 16. Arbeitsnachweis der Lithographen Neue Friedrichstr. 88. Arbeitsnachweis der Buchdrucker, Mitterstr. 88. Arbeitsnachweis der Holz- und Metallarbeiter, Annenstr. 89. Arbeitsnachweis der Buchbinder, Annenstr. 50. Selbig, Barbier, Uferstr. 9. G. Schulz, Rottbuser Thor, Admiralstr. 40a. Börner, Altkassierstr. 10a. Wiegandt, Elbstr. 9. Arbeitsnachweis der Schneider, Annenstr. 9. Goype, Kaserstr. 145. Scholle, Barbier, Landwehrstr. 8. Spaeth, Weinstr. 28. Drescher, Linienstr. 218. Goltz, Gipsstr. 27. Knützel, Hertenstr. 10. Im Gewerkschaftsbureau, Annenstr. 16 I. Nur noch bis zum 30. Juni dauert die Einzeichnung der Wählerlisten. Aufnahme Wochentags von 6-8 Uhr und Sonntags von 12-3 Uhr in folgenden Lokalen: Poststr. 16, Zentralsbureau, und in den Turnhallen der folgenden Gemeindefürsorge: Tempelhofer Allee 2; Straußbergerstr. 9; Schmidtstr. 38; Staligerstr. 55/56; Kastanien-Allee 82; Gipsstr. 28a; Pantstr. 8 und Thurmstr. 88.

Die Berliner Gewerkschafts-Kommission.
J. K. Rud. Millarg.

Veranstaltungen.

Die Ratskammer beschloß nach einem Referat des Verwalters, bei der Firma Knauer die Forderung auf 70 Pf. Stundenlohn zu stellen und, falls die Bewilligung verweigert wird, die Arbeit niederzulegen. Gerügt wurde in der Diskussion, daß die Kollegen bei Knauer und Bodwan noch immer zum größten Teil unorganisiert sind.

Verichtigung. In unserer Bericht über die Veranstaltung der Freien Vereinigung der Arbeiter in der gestrigen Nummer muß es statt „Geführt“ heißen: „Geführt“ wurde als erster Vorsitzender gewählt.

Samariter-Ausschuss für Arbeiter und Arbeiterinnen. Montag, den 27. Juni, abends 8 Uhr, bei Cohn, Gd. Lissstr. 20: Vortrag des Herrn Dr. Friedberg über: Knochenbrüche, Verrenkungen, Verstauchungen, Praktische Übungen. Der heutige Abend fällt aus.

Allgemeine Familien-Sterbekasse. Heute Freitag: Kaserstr. 123 bei Dicks und Dr. Lissstr. 23a bei Bulow.

Berliner Arbeiter-Verein. Montag, den 27. Juni, abends 8 1/2 Uhr, Kommandantenstr. 20: Vortrag des Herrn Arthur Dorn über: „Nach dem Wahlen.“ Jedermann hat Zutritt.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Sonntag, den 26. Juni.
Freie Volkstheater (Friedr. Wilhelm-Straße 10). 5. Abteilung. Umarmungsstück. Tragikomödie von Holzogen. Anfang 2 1/2 Uhr.
Cyrenhaus. Die Wälfäre. Anfang 6 1/2 Uhr.
Montag: Siegfried. (Dr. Kaud.) Neues Opern-Theater (Kroll). Summe von Portici. Anfang 7 1/2 Uhr.
Montag: Diefelbe Vorstellung. Schauspielhaus. Mutter Thiele. Anfang 7 1/2 Uhr.
Montag: Diefelbe Vorstellung. Kessling. Im weißen Rössl. Anfang 7 1/2 Uhr.
Montag: Diefelbe Vorstellung. Weiden. Nymphenstern. Anfang 8 Uhr.
Montag: Diefelbe Vorstellung. Neues. Stillestiller. Anfang 7 1/2 U.
Montag: Diefelbe Vorstellung. Weiden. Carmen. (Preuss.) Anfang 7 1/2 Uhr.
Montag: A Basso Porto. Schiller. Thielmann's. Anfang 8 Uhr.
Montag: Der Geizige. Thalia. Im Begeister. Anfang 8 Uhr.
Montag: Diefelbe Vorstellung. Chren. Auf Sumatra, oder: Die Holländer in Afrika. Anfang 8 Uhr.
Montag: Diefelbe Vorstellung. Velle-Alliance. Ein toller Einfall. Anfang 8 Uhr.
Montag: Diefelbe Vorstellung. Friedrich. Wilhelm-Straße 10. Die Kinder des Kapitän Grant. Anfang 8 Uhr.
Montag: Diefelbe Vorstellung. Alexanderplatz. Die Gd. Lissstr. Anfang 8 Uhr.
Montag: Diefelbe Vorstellung. Urania. Taubenstr. 48-49. Naturkundliche Ausstellung. Täglich geöffnet von 10 Uhr vormittags ab. Eintritt 50 Pf. Abends 8 Uhr: Wissenschaftliches Theater.
Inbalidenstr. 57/62. Täglich abends von 8-10 Uhr: Sternwarte, Operntheater.
Passage Panopticum. Theater Variété. Anfang 8 Uhr.
Apollo. Spezialitäten. Anf. 8 Uhr.
Reichshallen. Spezialitäten. Anf. 7 1/2 Uhr.

Schiller-Theater

(Wallner-Theater). Sonntag:

Thielemann's.

Montag:

Der Geizige.

Dienstag:

Der Geizige.

Freud-Carl Reij-Theater.

Gr. Frankfurterstr. 139. Sommerpreise. Parquet 1. Platz.

Auf Sumatra

Gr. Ausstattung mit Gesang und Ballet in 12 Bildern v. G. Gahmann. Musik von F. Krause. Anf. 7 1/2 Uhr.

Morgen Anfang 8 Uhr.

Borgbüchse haben Gültigkeit.

Ostend-Theater-Konzert-Garten.

Konzert, Theater und Spezialitäten-Vorstellung. Mr. Isano, mit seinen elektrischen Automaten. The Carleton.

Die verunglückte Droschkensahrt. Pantomime. Karline und Pantof. Anf. 4 Uhr. Morgen: Anf. 5 1/2 Uhr.

Garten-Passe-partouts hab. Gültig.

Wedding-Park

Müllerstr. 178. In dem 3000 Personen fassenden Garten mit schönen Bäumen.

Jeden Sonntag:

Frei-Konzert u. Ball.

Kaffeehaus täglich von 3 Uhr ab geöffnet. 7 verdeckte Sommer-Kegelbahnen. Franz. Billard. Volksbelustigungen.

Empfehle mein Lokal den geehrten Vereinen zu Festlichkeiten etc. etc. [53811]

Wilhelm Trapp.

Urania

Taubenstr. 48/49.

Naturkundliche Ausstellung.

Täglich geöffnet von 10 Vorm. ab. Eintritt 50 Pf.

Abends 8 Uhr: Vom Mutterhorn zur Jungfrau.

Invalidenstr. 57-62.

Täglich: Sternwarte, Opern-Telephon. Eintritt 20 Pf. (Gutsch. ungültig.)

Berliner Aquarium

Unter den Linden 68a, Eingang Schadowstr. 14.

Heute, Sonntag, Eintrittspreis 25 Pf.

Reichhaltigste Sammlung der Welt an lebenden Seethieren, Reptilien etc.

Passage-Panopticum.

Théâtre-Variété.

Sensationell: Die schöne Tatarin.

Sga. Radolfi als Athletin.

Castan's Panopticum.

Friedrichstr. 165.

Neu!! Zola, Laborie, Neu!! Esterhazy Neu!!

Mac Kinley - Gladstone.

Salambo, die schöne Schlangenhändigerin.

Victoria-Brauerei

Lützow-Strasse 111/112 (nahe Potsdamer Platz).

Garten resp. Saal. Täglich:

Stettiner Sänger

(Meyfel, Viero, Weiten, Ziehl, Aron, Rühl, Schneider und Schrader).

Anfang heute 7 Uhr.

Entree 50 Pfennig.

Großartiges Sonntags-Programm.

Nach der Solire: Tanzkränzchen.

Morgen Montag: Anf. 8 Uhr.

Vorverkauf: Vilets gültig.

Pahlmann's

Vaudeville-Theater

Inhaber F. Lehmann, Schön. Allee 148, Kankamerstr. 97/99.

Täglich:

Konzert, Theater u. Spezialitäten-Vorstellung

mit sehr neuem Programm.

Ostbahn-Park,

Am Kärntner Platz.

Größtes Vergnügungs-Etablissement des Ostens, mit neuartigen prachsvollen Festhallen.

Täglich:

Konzert, Theater und Spezialitäten-Vorstellung.

Anfang des Konzerts: Wochent. 5 Uhr, Sonntags 4 Uhr.

Wochent. & Berlin 10 Pf. Entree: Sonnt. 20 Pf. Abnd. 10 Pf.

Einige Sonnabende sind noch frei.

Concerthaus

Leipzigerstr. No. 48

Lezte Saison vor dem Abbruch.

Täglich: Hoffmann's Quartett und Humoristen.

Anfang: Sonntags 7, Wochent. 8 Uhr.

Apollo-Theater.

Zum 40. Male:

Don Juan in der Hölle.

Phantastische Ausstattung-Burleske mit Gesang u. Tanz in zwei Bildern von Benno Jacobson.

Musik von Wilh. Rosenzweig, in Szene gesetzt v. Direktor Glück.

Ferner:

20 Spezialitäten ersten Ranges.

Vor der Vorstellung: Grosses Garten-Konzert.

Kasseneröffnung 6 Uhr, Konzert 6 1/2 Uhr, Anf. der Vorst. 7 1/2 Uhr.

Reichshallen-Garten-Theater.

Leipzigerstr. 77.

Das Beste vom Besten, was bisher über die Bretter gegangen ist:

Berlin auf Stelzen!

Von W. Agoston und K. Wilhelm.

Ferner:

20 Spezialitäten 1. Ranges.

Anfang: Sonntags 7 Uhr.

Wochentags 8 Uhr.

Entree 50 Pf.

Familien-Vorstellung gültig.

Bei ungünstiger Witterung im großen Theateraal.

Actien-Brauerei Friedrichshain

früher Eips. Am Königsdamm.

Jeden Sonntag:

Grosses Bergter-Konzert

Capelle des 4. Garde-Reg. zu Fuß.

Anfang 5 Uhr.

Entree 15 Pf.

In den Nebenräumen:

Tanzkränzchen.

Prater-Theater,

Kankamerstr. 7/9.

Täglich: „Freie auf Erden“.

Schönheitsstück mit Ges. u. Tanz in drei Akten von Hugo Schulz. Musik v. M. Kersten. Eugenio Formes, Kankamerstr. 7/9.

Lebendige Gd. Lissstr. 7/9.

Lebendige Gd. Lissstr. 7/9.

Lebendige Gd. Lissstr. 7/9.

Lebendige Gd. Lissstr. 7/9.

Lebendige Gd. Lissstr. 7/9.

Lebendige Gd. Lissstr. 7/9.

Lebendige Gd. Lissstr. 7/9.

Lebendige Gd. Lissstr. 7/9.

Lebendige Gd. Lissstr. 7/9.

Lebendige Gd. Lissstr. 7/9.

Lebendige Gd. Lissstr. 7/9.

Lebendige Gd. Lissstr. 7/9.

Lebendige Gd. Lissstr. 7/9.

Lebendige Gd. Lissstr. 7/9.

Lebendige Gd. Lissstr. 7/9.

Steenbahn Halensee.

Gr. Internat. Rennen

Sonntag, den 26. Juni.

Verein f. Velociped-Wettfahren

gegründet 1884.

Anfang 4 Uhr.

Schweizer Garten.

Am Königsdamm, Haltestelle der Ringbahn.

Täglich: Theater u. Spezialitäten-Vorstellung, Volksbelustigungen.

An Wochentagen freier Damentanz. Auch ist die Kaffeehaus von 3-5 Uhr geöffnet. Anfang des Konzerts 4 1/2 Uhr, der Vorstellung 6 Uhr.

Billets zu ermäßigten Preisen in Handlungen.

Zur Beachtung! Größeren Vereinen empfehlen wir unser Etablissement (mit Vorstellung und Ball) zur Abhaltung ihrer Sommerfeste (speziell Sonnabends).

Entree 30 Pf.

AUSSTELLUNG AM KURFÜRSTENDAMM.

Carl Hagenbeck's

INDIEN

Vorstellungen in der Arena: an Wochent. 6 u. 8 Uhr, an Sonn- u. Festtagen 4, 6 u. 8 Uhr, im indischen Theater ab 4 Uhr beständig.

Ab 4 Uhr nachm.: Gr. Militär-Doppel-Concert.

Entree 50 Pf., Kinder unter 10 Jahren die Hälfte.

Max Kliem's Sommer-Theater,

Hasenhalde 11/15. - Artillerie-Veter: Paul Milbitz.

Täglich:

Große Theater- u. Spezialitäten-Vorstellung

Ulrico's Wunder-Tauben. - The Dissenato's. -

Charl Gnoyn, Parodist. - Paul Troy, Charakteristiker. -

Franziska Wünsch, Soufrette. - Max Kettler, Liebes-

sänger, Martha Reinshagen, Chansonette.

Neu! Berlin, wie's liebt und radelt. Neu!

Posse mit Gesang in 2 Akten von J. Eissner.

Ehestands-Kandidaten, Lustspiel in 1 Akt von Friedrich.

Vor und nach der Vorstellung: Grosses Doppel-Konzert.

In den beiden Sälen: Grosser Ball.

Anfang des Konzerts 4 Uhr, der Vorstellung Wochentags 6 Uhr.

Sonntags 5

Max Kliem.

„Neue Welt“, Hasenhalde 108-114.

Jeden Sonntag:

Grosses Konzert und Spezialitäten-Vorstellung.

Im Bal champêtre: Gr. Ball. Anfang 4 Uhr.

Dienstag: Gr. Konzert u. Spezialitäten-Vorstellung.

Jeden

Mittwoch: Gr. Kinderfest mit Gratübelverloosung.

Jeden Donnerstag: Grosses Konzert und Internationale Spezialitäten-Vorstellung nebst Gr. Feuerwerk.

Kaffeehaus, Karouffeld, Marionetten-Theater etc. täglich geöffnet.

53962* Alles Nähere durch die Tages-Anschläge an den Säulen.

A. Fröhlich.

Brauerei-Ausschank

der Victoria-Brauerei, Stralau.

Spezialitäten- und Theater-Vorstellung.

Jeden Sonntag und Donnerstag: Großes Garten-Konzert und im elektrisch erleuchteten Niesensale: Grosser Ball.

Die Kaffeehaus ist den geehrten Damen von 2 Uhr an ununterbrochen geöffnet. Für gute Speisen und Getränke habe ich bestens Sorge getragen. Um recht regen Zuspruch bittet hochachtungsvoll

Karl Mittag, Detonon.

53612*

Restaurant „Karls Garten“

Hasenhalde. 52299*

Jeden Sonntag: Gr. Concert und Ball.

Große Spielplätze, Pannu u. Gel-Platten u. Fahren, Bal champêtre, 3 neue Kegelbahnen, Schaufeln, Karouffeld u. sonstige Volksbelustigungen.

Kaffeehaus (Vier 60 Pf.) täglich geöffnet.

Rudolf Seyer.

Empfehle meine Restauration und 2 Vereinszimmer mit Piano, für Jubiläen und Vereine.

Ernst Lier,

49539* Alte Jakobstr. 119.

Louis Keller's Festsäle

Koppenstr. 29.

Heute Sonntag:

Grosser Ball.

Anfang 5 Uhr. Entree 30 Pf.

53011* Louis Keller.

Glynum

Landsberger Allee 40-41

Jeden Sonntag, Montag, Mittwoch und Freitag

Frei-Konzert.

Anf. Sonnt. 4 Uhr, Wochent. 7 Uhr.

NB. Sonnabende sind noch frei für Vereine bis 3000 Personen.

Carl Eisermann.

Jul. Wernau's Festsäle

und Garten

Schwedterstr. 23/24.

In Sommer-Festlichkeiten noch mehrere Sonnabende an Vereine zu vergeben.

53498*

Feuerstein's Festsäle

Alte Jakobstrasse 75. I.

Joh. Martin Herzberg.

Grosse und kleine Säle zu

Versammlungen unentgeltlich, sowie zu Sommer- u. Winterfestlichkeiten b. kulantesten Bedingungen.

